



In der Science Policy Paper-Reihe des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms diskutieren Fellows und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Rhein-Main-Universitäten — der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Technischen Universität Darmstadt — aktuelle Themen von hoher gesellschaftlicher und politischer Relevanz. Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht monokausal erklären. Deswegen vereinen die Science Policy Paper unterschiedliche akademische Disziplinen und Praxisperspektiven. Wie das Fellowship-Programm sollen auch die Science Policy Paper den Perspektivwechsel auf gesellschaftlich relevante Themen ermöglichen.

#### IMPRESSUM

Mercator Science-Policy Fellowship-Programm  
Herausgeber/Konzeption der Reihe: Tome Sandevski  
Redaktion: Tome Sandevski, Andrea Wolf-Dieckmann

Research Support  
Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Theodor-W.-Adorno-Platz 1  
60323 Frankfurt am Main

Email: [science-policy@uni-frankfurt.de](mailto:science-policy@uni-frankfurt.de)  
Telefon: +49 (0)69 798 12132

ISSN: 2626-9597  
urn:nbn:de:hebis:30-651842  
<https://doi.org/10.21248/gups.65184>  
Science Policy Paper 7 (2022)

Zitiervorschlag: Brühl, Tanja; Krausch, Georg; Schleiff, Enrico (Hg.)(2022). Unterschätzt oder überbewertet? Reflexionen über die politische Bedeutung wissenschaftlicher Expertise in Krisenzeiten. Science Policy Paper 7. Frankfurt am Main: Mercator Science-Policy Fellowship-Programm.

Gefördert durch:

**STIFTUNG  
MERCATOR**

Rhein-Main   
Universitäten  
Eine strategische Allianz

## INHALTSVERZEICHNIS

Unterschätzt oder überbewertet? Reflexionen über die politische Bedeutung wissenschaftlicher Expertise in Krisenzeiten — Einleitung Tanja Brühl, Georg Krausch, Enrico Schleiff .....	1
Der politische Einfluss wissenschaftlicher Expertise in Krisenzeiten Gespräch mit Nathalie Behnke, Markus Lederer, Fedor Ruhose .....	5
Wissenschaftskommunikation in Krisenzeiten Gespräch mit Nina Janich, Marcus Maurer, Wulf Schmiese .....	13
Medizinische Forschung in Pandemiezeiten: Spagat zwischen Ergebnisdruck, Politikberatung und Kommunikation mit der Öffentlichkeit? Gespräch mit Ferdinand Gerlach .....	23
Lessons learned? Von der Finanzkrise zur Covid-19-Pandemie Gespräch mit Jan Pieter Krahn .....	29
Universitäre Forschung als Game Changer für die Pandemiebekämpfung? Die Pandemie als Game Changer für universitäre Forschung? Gespräch mit Uwe Schmidt.....	37



## **UNTERSCHÄTZT ODER ÜBERBEWERTET? REFLEXIONEN ÜBER DIE POLITISCHE BEDEUTUNG WISSENSCHAFTLICHER EXPERTISE IN KRISENZEITEN — EINLEITUNG**

TANJA BRÜHL, GEORG KRAUSCH, ENRICO SCHLEIFF

*Tanja Brühl ist seit 2019 Präsidentin der Technischen Universität Darmstadt. Zuvor war sie Professorin für Internationale Institutionen und Friedensprozesse an der Goethe-Universität Frankfurt, wo sie zwischen 2012 und 2018 auch Vizepräsidentin für Studium und Lehre war. Tanja Brühl ist seit 2019 Präsidentin des Europäischen Universitätsverbundes Unite! und seit 2020 Sprecherin der Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten.*

*Georg Krausch ist Professor für Physikalische Chemie und seit 2007 Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er ist Mitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) und der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Seit September 2020 ist er Vorsitzender des Universitätsverbands German U15.*

*Enrico Schleiff ist seit 2021 Präsident der Goethe-Universität Frankfurt, wo er seit 2007 die Professur für Molekulare Zellbiologie der Pflanzen bekleidet. In der universitären Selbstverwaltung war er zuletzt Vorstandsvorsitzender des Frankfurt Institute of Advanced Study (2018-2020), davor (2012-2018) Vizepräsident der Goethe-Universität mit dem Ressort wissenschaftlicher Nachwuchs, Gleichstellung und akademische Infrastrukturen.*

Die Covid-19-Pandemie wirft ein Schlaglicht auf die Bedeutung wissenschaftlicher Forschung: Innerhalb kürzester Zeit griffen Forschende weltweit Fragestellungen aus der Praxis der Pandemie auf und untersuchten die Struktur und Verbreitung des SARS-CoV-2 Virus, die Wirksamkeit von Masken, Luftreinigungsgeräten, Lockdowns und anderen Maßnahmen sowie die Auswirkungen der Pandemie und der staatlichen Maßnahmen auf Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Bildungs- und Gesundheitswesen. In einer nie dagewesenen Geschwindigkeit konnten Impfstoffe und Medikamente gegen Covid-19 entwickelt werden. Die Basis für diese schnellen Erfolge schufen jahrzehntelange Grundlagenforschung und die Förderung exzellenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Forschende waren auch im engen Austausch mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, um der Politik wissenschaftliche Expertise an die Hand zu geben.

In der Medienberichterstattung erreichten Forschende eine nie dagewesene Aufmerksamkeit. Die Öffentlichkeit konnte so wissenschaftliche Forschung quasi in Echtzeit verfolgen und sich über aktuelle wissenschaftliche Forschungsergebnisse informieren. Gleichzeitig wurde über den Einfluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf politische Prozesse diskutiert. Dabei reichte das Spektrum der Meinungen von Kritik an der vermeintlichen Do-

minanz des Einflusses von Forschenden (Stichworte „Lockdown Macher“, „Virologenrepublik“, „Expertenherrschaft“) bis hin zur Kritik am vermeintlichen Ignorieren wissenschaftlicher Expertise (Stichwort „Hört endlich auf die Wissenschaft!“).

Die Covid-19-Pandemie ist die beherrschende Krise der vergangenen zwei Jahre. Krisen gehören allerdings zum politischen Alltag. Erinnert sei an die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 oder globale Flüchtlingsbewegungen, die in den letzten Jahren ein großes mediales Echo fanden. Die Klimakrise zeichnet sich bereits seit Jahrzehnten ab und wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter an existenzieller Bedeutung gewinnen.

Seit 2016 fördert die Allianz der Rhein-Main-Universitäten (RMU) aus Goethe-Universität Frankfurt, Technischer Universität Darmstadt und Johannes Gutenberg-Universität Mainz über das Mercator Science-Policy Fellowship-Programm den fächerübergreifenden Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Medien. Die Bedeutung wissenschaftlicher Expertise in Krisenzeiten war und ist ein sehr zentrales Thema im Austausch unserer Forschenden mit Vertreterinnen und Vertretern aus der politischen Praxis. Diesen Dialog möchten wir auch mit dieser Publikation fortführen und anregen. Die als Interviews konzipierten Beiträge unserer Forschenden und der Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Medien diskutieren Fragen rund um die Interdependenzen zwischen wissenschaftlicher Forschung, Politikberatung und Wissenschaftskommunikation.

Der erste Beitrag bietet eine Einschätzung des Einflusses wissenschaftlicher Expertise auf politische Entscheidungsprozesse durch die PolitikwissenschaftlerInnen Nathalie Behnke und Markus Lederer im Gespräch mit dem Staatssekretär Fedor Ruhose (Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz) als Vertreter aus der Politik. Im zweiten Beitrag diskutieren Nina Janich (Germanistik), Marcus Maurer (Politische Kommunikation) und Wulf Schmiess (ZDF) die Herausforderungen von Wissenschaftskommunikation in Krisenzeiten. In den folgenden beiden Beiträgen reflektieren mit Ferdinand Gerlach (Medizin) und Jan Pieter Krahen (Wirtschaftswissenschaften) zwei Professoren aus ihrer eigenen jahrelangen Erfahrung als Politikberater über die Möglichkeiten und Grenzen des Einflusses wissenschaftlicher Expertise auf politische Entscheidungsprozesse. Der abschließende Beitrag von Uwe Schmidt (Soziologie) untersucht den Einfluss der Covid-19-Pandemie auf Wissenschaftseinrichtungen und wissenschaftliche Forschung.

Die Interviews für diese Publikation wurden Ende 2021 vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie geführt. Diese Publikation wurde wenige Tage vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine fertig gestellt. Die dramatische Situation in der Ukraine führt zu einer starken Nachfrage an Expertise insbesondere

aus den Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Hierauf konnte im Rahmen dieser Publikation nicht mehr eingegangen werden.

Den Austausch zum Themenkomplex wissenschaftliche Expertise in Krisenzeiten möchten wir auch in Zukunft in verschiedenen Formaten weiterführen. Wir wünschen den Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre und freuen uns auf Rückmeldungen von Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Praxis zu ihren eigenen Reflexionen zu diesem Themenfeld.





## **DER POLITISCHE EINFLUSS WISSENSCHAFTLICHER EXPERTISE IN KRISENZEITEN**

**GESPRÄCH MIT NATHALIE BEHNKE, MARKUS LEDERER, FEDOR RUHOSE**

*Nathalie Behnke ist Professorin und Leiterin des Arbeitsbereichs Öffentliche Verwaltung, Public Policy am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Ihr Forschungsschwerpunkt verortet sich an der Schnittstelle von empirischer Verwaltungsforschung, vergleichender Föderalismusforschung und Multilevel Governance. Ein aktuelles Forschungsprojekt ist u.a. das Thema Corona-Verordnungen im deutschen Föderalismus.*

*Professor Markus Lederer ist Politikwissenschaftler mit einem Schwerpunkt Internationale Politik und leitet den Arbeitsbereich Internationale Beziehungen an der TU Darmstadt. Markus Lederer forscht zu Fragen der Globalen Umwelt-, Klima- und Entwicklungspolitik und interessiert sich hier vor allem für institutionelle Entwicklungen und Mehrebenendynamiken in den Ländern des Globalen Südens.*

*Fedor Ruhose ist seit Mai 2021 Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz. Davor war er gut sieben Jahre lang als Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz und mehrere Jahre in verschiedenen Positionen im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Demografie sowie im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz tätig. Er ist Fellow des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms der Rhein-Main-Universitäten.*

**Lassen Sie uns gleich mit einer Grundsatzdebatte beginnen: Verbessert die Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise die Qualität politischer Entscheidungen? Haben wir in der Pandemie die Erosion demokratischer Prozesse zugunsten einer Expertenherrschaft erlebt oder stellte wissenschaftliche Expertise lediglich ein Legitimationsinstrument für politische Entscheidungen dar?**

**Behnke:** Sie haben die beiden Extrempunkte in der Debatte genannt: Einerseits die Expertenrepublik – „die Philosophen sind zu Politikern geworden“ im Sinne Platons. Und auf der anderen Seite die Feigenblattfunktion der Wissenschaft für die Politik. Die Wirklichkeit liegt wie immer irgendwo dazwischen. Es ist aber schwierig, das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik richtig auszubalancieren. Mein Eindruck aus der Pandemiezeit ist, dass die Politik tatsächlich stärker als in „Normalzeiten“ wissenschaftlichen Rat nachgefragt hat — in allererster Linie medizinischen, virologischen, epidemiologischen Rat. Es ist in der Akademia daher die Rede von einem glücklichen Zeitalter evi-

denzbasierter Politik. Insgesamt ist durch die Pandemie das Bewusstsein dafür gestiegen ist, dass wissenschaftliche Erkenntnis relevant ist und von der Politik nutzbar gemacht werden kann. Nichtsdestotrotz müssen wir uns als Wissenschaftler davor hüten zu glauben, dass das, was wir an Erkenntnis produzieren, eins zu eins von der Politik übernommen werden sollte oder könnte. Vielmehr folgen das politische und das wissenschaftliche System unterschiedlichen Handlungslogiken. Es bedarf daher der Übersetzungsleistung, auch weil die Systeme mit Fragen des Wissens, des Nichtwissens, der Veränderung des Wissens und Unsicherheit unterschiedlich umgehen.

**Lederer:** Ich würde hier drei kleine Punkte ergänzen: Das eine ist ein historischer Blick zurück. Evidenzbasierung hatten wir in manchen Politikfeldern schon relativ lange. In der Umweltpolitik herrschte dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Feigenblatt und dem Philosophenkönig seit Anbeginn und man hat hier schon sehr viele Erfahrungen gesammelt. Zum zweiten würde ich auf die aktuelle Hochphase von evidenzbasierter Politik während der Pandemie eingehen. Da haben wir alles drei beobachten können. Zum einen, dass es immer wieder Feigenblattversuche gab, dass aber auch immer wieder einzelne Kolleginnen und Kollegen hervorstechen, die hochgehyped wurden als Philosophenkönige, sich aber ganz geschickt immer wieder dieser Rolle entzogen haben. Und dann eben das „Normale“ in der Krise, dass es dieses hin und her gab, sozusagen ein miteinander ringen. Das glaube ich, ist das was uns dann auch lang in der Zukunft beschäftigen wird. Und als dritten Punkt würde ich noch deutlich machen, dass es nicht nur die klassisch medizinischen Fächer waren, sondern dass wir tatsächlich eine Wahrnehmung von Wissenschaft als interdisziplinären Diskurs sehr schön erleben konnten. Ich würde sagen, das gibt für die Zukunft am meisten Hoffnung, da wir in dieser evidenzbasierten Politik auch immer stärker zu einem interdisziplinären Austausch kommen und dieser auch in seiner Schwierigkeit und Vielschichtigkeit in der Öffentlichkeit wahrgenommen und bis zu einem gewissen Grad akzeptiert wird.

**Ruhose:** Was wir gelernt haben in dem Extremfall einer Pandemie, in der wir alle in dieser Dimension kein Erfahrungswissen hatten, ist die Dynamik sowohl in der Wissenschaft als auch der politischen Entscheidungsfindung. Erinnern wir uns an die Frage „Bringen Masken etwas? Ja oder Nein?“. Das war eine Diskussion, die uns dazu geführt hat, dass wir jetzt einen gesellschaftlichen Konsens über die Wirkung dieses Instruments haben. Auch in der Wissenschaft gab es aber zunächst eine Diskussion darüber. Wir haben in der politischen Logik natürlich zu berücksichtigen, dass wir regionale Unterschiede haben. Wir sind nun mal ein föderaler Staat. Auch in der Ausgleichspositionierung zwischen Bund und Ländern hat das schon von Anfang an eine große Rolle gespielt. Ich würde schon sagen, dass eine evidenzbasierte Politik verfolgt wurde, die auch immer institutionalisierten wissenschaftlichen Rat hatte. Aber nichtsdestotrotz gilt es, diesen Spannungsgrad zwischen einer wissenschaftsfundierten Politik, die auch aus wissenschaftlicher Sicht notwendige

Maßnahmen ergreift, die allerdings einen gesellschaftlichen Vermittlungsprozess benötigen, auszuhalten.

**Kann es sich Politik dann überhaupt leisten, bestimmte Maßnahmen wie Impfpflicht oder Lockdowns von vornherein auszuschließen?**

**Behnke:** Gerade in Situationen, die von hoher Unsicherheit und hoher Dynamik geprägt sind — und in einer solchen Situation befinden wir uns seit zwei Jahren — tun Politikerinnen und Politiker gut daran, sich nicht zu verbindlich festzulegen. Im vergangenen Jahr befanden wir uns quasi im Dauerwahlkampf — es gab die Bundestagswahl, einige Landtags- und Kommunalwahlen. Das übt Druck auf Politikerinnen und Politiker aus, verbindliche Versprechen und Zusagen zu machen, hinter die man später schwer zurückgehen kann. Mit Blick auf die vierte Pandemiewelle war es sicherlich ein Fehler — aus Rücksicht auf Querdenker, Corona-Leugner, Verschwörungstheoretiker und eine sich zunehmend radikalisierte AfD — Versprechungen zu machen, von denen man eigentlich wissen musste, dass man sie nicht halten kann. Das hat weniger mit Evidenzbasierung zu tun und mehr mit politischer Klugheit. Wenn sich heute Politiker hinstellen und sagen: „Naja, das haben wir vor drei Monaten nicht gewusst“, dann lacht die Republik und mit gutem Grund.

**Lederer:** Ich würde ergänzen, indem ich den Blick aus Deutschland hinauswerfe und kurz auf Großbritannien schaue, wo wir ja ein interessantes Experiment sahen, was eine gewisse Evidenzbasierung hatte, nämlich relativ schnell die Herdenimmunität zu erreichen. Das sah man in der politischen Klasse und vor allem beim Regierungschef Johnson am Anfang und der ist doch auch relativ schnell umgeschwenkt. Das war dann auch kein politischer Selbstmord, sondern er hat sich rapide neuer Evidenz geöffnet und gelernt, dass man in anderen Ländern mit anderen Maßnahmen in der Krise deutlich besser zurechtkommt und tatsächlich hat ihm das die britische Bevölkerung nicht zu übelgenommen, sondern man hat gesehen, dass er lernen und sich anpassen konnte.

**Ruhose:** Rückblickend gab es unterschiedliche Zeitpunkte, an denen Politik ihre Auffassungen verändern musste, auch weil Entscheidungen nicht so gewirkt haben, wie man es sich vorgestellt hatte. Irrtum und Fehler — das sind zwei Kategorien — sind in der Politik immer schwierig. Es gibt aber Lernprozesse in der Gesellschaft, auf die politische Verantwortungsträgerinnen und -träger reagieren, die dann auch die veränderte wissenschaftliche Diskussion mit aufnehmen und ihre Position dementsprechend verändern.

**Herr Ruhose, aus welchen Bereichen kamen die Forschenden, die die Politik in Rheinland-Pfalz beraten haben?**

**Ruhose:** Die kamen aus unterschiedlichen Bereichen, weil auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf unterschiedlichen Ebenen liegen. Wir waren das erste Bundesland, das sich mit der Corona-Pandemie sogar in einer Enquete-Kommission beschäftigt hat. Das ist der Ort, an dem das Parlament mit

der Wissenschaft über die politischen Alltagsfragen hinaus diskutiert. Wir haben einerseits mit wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Verwerfungen zu kämpfen, aber andererseits auch mit psychischen Problemen umzugehen und den Auswirkungen auf Kinder, Familien, Menschen in Pflegeheimen und ihre Angehörigen. Wir diskutieren hier sehr stark über die Maßnahmen, die aus dem infektiologischen Bereich kommen, aber die Politik hat noch viele andere Maßnahmen getroffen, um diesen multiplen Auswirkungen Rechnung zu tragen. Das darf man nicht in den Hintergrund treten lassen: Bund und Länder waren sehr schnell bereit viel Geld zur Verfügung zu stellen um Ausfälle im Wirtschaftsbereich zu kompensieren. Es wurde aber auch mit Beratung und gezielten Angeboten an Familien darauf reagiert, was in den verschiedenen Phasen der Lockdowns geschehen ist.

**Frau Professorin Behnke, wurde neben der Fachexpertise aus Virologie und Epidemiologie auch Expertise aus anderen akademischen Disziplinen wie den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften berücksichtigt?**

**Behnke:** Gerade die Bundeskanzlerin wurde medial kritisiert, dass sie nur sehr einseitig auf die Chefvirologen hören würde. Das ist sicherlich zu einseitig. Ich hatte aber dennoch den Eindruck, dass in der Landespolitik der Kreis der Meinungen, die gehört wurden, breiter aufgestellt war. Jedenfalls konnte man unterschiedliche Orientierungen zwischen der Ländergesamtheit und dem Bund beobachten. In den Bund-Länder-Konferenzen legte die Bundesposition sehr starkes Gewicht auf die Eindämmung der unmittelbaren Folgen der Krankheit und auf die Reduktion von Infektionsgefahren. Die Länder thematisierten stärker auch die anderen — sozialen, wirtschaftlichen oder psychischen — Folgen der Pandemie, was teilweise zu unterschiedlichen Einschätzungen über die angemessenen Maßnahmen führte.

Interessanterweise, darauf wiesen Sie hin, Herr Ruhose, wurde die Finanzpolitik, oder eher Verschuldungspolitik, die betrieben wurde, überhaupt nicht öffentlich kommentiert. Die Ökonomen und Finanzwissenschaftler, mit denen ich mich unterhalten habe, finden, dass es richtig war, so schnell zu reagieren und die Verschuldung in Kauf zu nehmen. Aber wenn man sich überlegt, was für eine unglaublich intensive Debatte es über komplexe pharmakologische Themen wie mRNA Impfstoffe gab und wie sich plötzlich alle zu Experten aufschwangen, ist es für mich erstaunlich, dass es überhaupt keine öffentliche Debatte darüber gab, ob diese Verschuldungspolitik aktuell angemessen war. Da hat die Politik offensichtlich sehr souverän und ohne wissenschaftlichen Rat gehandelt.

**Hat in anderen Krisen wie der Finanzkrise- und Wirtschaftskrise ab 2007, der Flüchtlingskrise in 2015 oder dem Klimawandel im Vergleich zur Covid-19-Pandemie wissenschaftliche Expertise eine untergeordnete Rolle gespielt?**

**Lederer:** Ich glaube nicht, dass es weniger eine Rolle gespielt hat. Wir haben relativ schnell viele verschiedenste ökonomische Instrumente eingesetzt mit einer wahnsinnigen Wucht, einer hohen Verschuldung, einer Mehrwertsteuer-senkung und insgesamt, so kann man heute sagen, mit großem Erfolg. Aber ich würde argumentieren, dass dahinter institutionalisiertes Erfahrungswissen, weniger Personen und ihre individuelle Expertise, steckte. Das Problem bei der Klimakrise ist — und da sind wir beinahe neidisch auf die Corona-Krise —: sie zeigt sich sehr viel diffuser, sie ist sehr viel langfristiger in ihren Folgen und es sind keine katastrophenähnlichen Zustände, die aktuell ins Bewusstsein eindringen, sondern die Folgen werden sehr viel langfristig aufschlagen und sie werden mit sehr viel weniger Geschwindigkeit die einzelnen Menschen berühren. Aber dadurch kommen sie sehr viel weniger in das Bewusstsein der breiten Masse, wie wir das bei Covid hatten, und daher werden die einzelnen Expert/innen gar nicht so sehr angefragt, wie wir das in den letzten zwei Jahren sahen.

**Ruhose:** Als Ökonom bin ich versucht zu sagen, dass in der wissenschaftlichen Diskussion in Deutschland ein enorm starker Lernprozess begonnen hat, der sich dadurch auszeichnet, dass wir eine Reihe von guten, international ausgebildeten und medial präsenten Ökonomen haben, die die fast schon als Glaubenskriege zu bezeichnenden fachlichen Auseinandersetzungen, die in der deutschen Ökonomie in den letzten Jahrzehnten mitunter ausgefochten wurden, gar nicht mehr thematisieren. Sie sind stattdessen sehr an Problemlösungen orientiert. Die Frage, wie wir mit dem Klimawandel umgehen, ist beispielsweise eine sehr stark wissenschaftlich determinierte politische Diskussion. Und das ist auch richtig so, weil wir uns genau ansehen müssen, welche Maßnahme, zumindest in unseren Modellen, welche Effekte entfalten. Insofern spielt wissenschaftliche Expertise immer eine starke Rolle.

**Wenn Sie an die Erfahrungen der Corona-Pandemie der letzten zwei Jahre denken und einen Ausblick auf den Klimawandel wagen: Blicken Sie eher optimistisch oder pessimistisch auf das Bewältigungspotenzial der Klimakrise?**

**Lederer:** Es ist sehr viel gelernt worden, wo Problematiken im Zeitablauf stecken, sprich wie dynamisch Entwicklungen sein können. Man muss heute einem Großteil der Bevölkerung nicht mehr erklären, was exponentielle Entwicklungen sind. Das ist uns ganz drastisch durch die Pandemie vor Augen geführt worden. Die meisten Umweltproblematiken haben die gleiche Funktionalität, sprich, dass sie auch irgendwann in solche exponentiellen Verläufe gehen können. Das zweite ist, dass auch Politik, wenn sozusagen das Haus brennt, doch relativ schnell die Feuerwehr ruft und diese auch radikal einschreiten

kann. Die Frage, ob das für Klima am Schluss reichen wird, ist im Moment noch nicht beantwortbar. Wir finden aber in der Politik und auch in der Gesellschaft eine relativ hohe Akzeptanz für sehr weitreichende Maßnahmen. Das ist insgesamt ein positiver Fortschritt. Das Problem ist jedoch, dass am Schluss die Krisenverläufe wahrscheinlich doch zu unterschiedlich sind und wir jetzt in einer Phase, in der wir sozusagen noch kein brennendes Haus wahrnehmen, sondern nur der eine oder andere Funke da ist, relativ massiv in die Feuerwehr investieren müssten und das hinzubekommen ist politisch sehr viel schwieriger, als wenn das Haus brennt.

**Ruhose:** Ich glaube, es gibt einen großen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass wir vor einer riesigen Herausforderung stehen und diese auch angehen müssen. Wichtig ist, dass wir einen Weg finden, der dazu führt, dass wir die Herausforderungen des Klimawandels in einem gesellschaftlichen Konsens bewältigen. Ich meine damit nicht, dass man Maßnahmen a priori ausschließt, sondern dass überlegt werden muss, welche Maßnahmen wirksam sind und welche sozialen Auswirkungen sie haben. Der Klimawandel hat auch soziale Auswirkungen. Meines Erachtens sind wir eine so kluge demokratische Gesellschaft, dass wir in gemeinsamer Diskussion auch Lösungen finden werden, die auf der Bekämpfungsebene sehr wirksam sind, aber zugleich deren Verteilungseffekte im Blick behalten und ausgleichen können. Das ist die Herausforderung, vor der die Politik jetzt steht.

#### **Benötigt es für die Bewältigung zukünftiger Krisen einen stärker institutionalisierten Austausch zwischen Wissenschaft und Politik?**

**Behnke:** Ich muss zugeben, dass die Beobachtung der politischen Entscheidungen in den letzten Monaten bei mir Zweifel an der fortwährenden Funktionalität unserer Wahldemokratie geweckt hat. Auch wenn ich als Politikwissenschaftlerin überzeugt bin von der Notwendigkeit demokratischer Legitimation, habe ich den Eindruck, dass die Responsivität der politischen Entscheidungsträger, die durch den Wahlmechanismus etabliert ist, häufig verhindert, dass Entscheidungen getroffen werden, die nach Common Sense als richtig und zielführend angesehen werden. Und deswegen: ja – ein stärker institutionalisierter Austausch erscheint mir nötig!

Ein positives Beispiel für institutionalisierten Austausch ist für mich der Deutsche Ethikrat, der als Beratungsgremium während der Pandemie eine enorme öffentliche Prominenz erlangt hat. Die Vorsitzende des Gremiums, die Medizinerin Alena Buyx, hat immer wieder das schöne Wort von der Voraussicht in die Debatte eingebracht. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist, dass wir der institutionell induzierten Kurzsichtigkeit der Politik, die wir nicht loswerden können, ohne auch die Vorteile der Wahldemokratie zu verlieren, ein Korrektiv entgegensetzen müssen, indem wir durch langfristige wissenschaftliche Beratung Voraussicht etablieren. Wir haben es bei der Triage gesehen: Es sind Lösungen da, die lange von klugen Köpfen erarbeitet worden sind

und die dann letztendlich der Politik zur Hand gereicht werden können, wenn sie danach fragt.

**Lederer:** Ich sehe nicht, dass wir für Umwelt- oder Klimafragen noch ein weiteres Gremium brauchen. Die Frage ist, wie kriegen wir das vorhandene Wissen in die politischen Prozesse. Und hier glaube ich, dass wir ein neues Ausrüsten finden müssen, wie wir das ein oder andere Wissen, bei dem wir uns einig sind, in Institutionen einbringen und dann Lock-in-Effekte erzielen. Wir müssen auch im Umweltbereich zumindest in der ein oder anderen Art und Weise, wenn es z.B. um CO<sub>2</sub>-Budgets geht, auch eine Technokratisierung erreichen. Aber die kann uns nur dann gelingen, nur dann legitim sein, wenn wir sie politisch abfedern und dafür brauchen wir genau den Kampf und den Streit, den Frau Behnke angesprochen hat. Also erst eine Politisierung und dann ein Überführen in eine Art von technokratischer, institutionalisierter Lösung, welche aber durchaus auch wieder in Frage gestellt werden können muss, denn eine komplette Technokraten-Herrschaft wünscht sich, glaube ich, niemand.

**Ruhose:** Ich bin anderer Auffassung, was die Frage der Logiken des politischen Systems angeht. Politikerinnen und Politiker treten zum einen immer vor eine Wählerschaft, die auch eine langfristig orientierte Themenpriorität hat. Dies zeigt sich bei den entscheidenden Motivationen der Wählerinnen und Wähler bei den letzten Landtags- und Bundestagswahlen. Klimawandel ist ganz oben. Zudem haben wir Klimaschutzgesetze und Sektorenregelungen mit strengen Zielvorgaben, die eben nicht an die Legislaturperioden des deutschen Bundestages gekoppelt sind. Diese enthalten Evaluationsklauseln. Das ist auch gut und richtig, weil es dem Wissenschaftsgedanken nahekommt, getroffene Entscheidungen und Festlegungen zu überprüfen und anzupassen. Wir diskutieren mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in unterschiedlichen Zusammenhängen auch jenseits der öffentlichen Wahrnehmung. Man kann sich immer darüber ärgern, dass diese gute wissenschaftliche Beratung nicht in vollem Umfang oder manchmal auch nur in sehr geringem Umfang berücksichtigt wird, aber die politische Diskussion darüber gibt es immer. Man findet in der Öffentlichkeit und in der politischen Arena immer jemanden, der eine nicht berücksichtigte Sichtweise thematisiert und zur Sprache bringt und die andere Seite dazu zwingt, ihre Positionierung oder ihr Handeln argumentativ zu begründen.

*Die Fragen stellte Tome Sandevski.*





## WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION IN KRISENZEITEN

GESPRÄCH MIT NINA JANICH, MARCUS MAURER, WULF SCHMIESE

*Nina Janich studierte Germanistik, Geschichte, Philosophie und Publizistik in Marburg, Mainz und Regensburg. Nach Promotion (1997) und Habilitation (2003) an der Universität Regensburg im Fachgebiet Deutsche Sprachwissenschaft/Germanistische Linguistik ist sie seit 2004 Professorin für Germanistische Linguistik an der TU Darmstadt.*

*Marcus Maurer ist seit 2014 Professor für Politische Kommunikation am Institut für Publizistik der JGU Mainz. Von 2010 bis 2014 war er Professor für Empirische Methoden an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Inhalte, Nutzung und Wirkung politischer Kommunikation, Wissenschafts- und Risikokommunikation, empirische Methoden und nonverbale Kommunikation.*

*Dr. Wulf Schmieese leitet seit 2017 im ZDF das heute-journal, Deutschlands erfolgreichstes Nachrichtenmagazin mit durchschnittlich Abend für Abend knapp vier Millionen Zuschauern. Zuvor war Schmieese nach einem Jahrzehnt als FAZ-Korrespondent ZDF-Hauptstadtkorrespondent und TV-bekannt als Hauptanchor des ZDF-Morgenmagazins, welches er vier Jahre lang moderiert hat. Er ist Fellow des Mercator Science-Policy Fellowship-Programms der Rhein-Main-Universitäten.*

Gerade zu Beginn der Pandemie herrschte bei Forschenden Uneinigkeit über die Wirksamkeit bestimmter Maßnahmen wie Maskenpflicht, Schulschließungen oder Kontaktbeschränkungen. Auch wurden Empfehlungen, welche Bevölkerungsgruppe mit welchem Impfstoff geimpft werden sollte, kontinuierlich aktualisiert, was wiederum in der Öffentlichkeit häufig für Verunsicherung sorgte. Hätten hier Medien stärker kommunizieren müssen, dass die Aktualisierung oder sogar Revision von Forschungserkenntnissen Kernbestandteil wissenschaftlichen Arbeitens ist?

**Janich:** Ja, das wäre hilfreich gewesen – aber nicht einfach in einer generalisierten Form, sondern immer in Bezug auf den konkreten Fall, das konkrete Erkenntnisinteresse, den konkreten Forschungskontext. Journalistinnen hätten das zum Beispiel in der Weise tun können, dass sie die interviewten Virologen und Epidemiologen nicht nur zum aktuellen Stand des Wissens, sondern auch explizit danach hätten fragen können, wie dieser Wissensstand eigentlich zustande kommt und welche Geltung, welche Gesicherheit er deshalb beanspruchen kann. Nehmen wir als Beispiel das Thema „Impfstoff-Entwicklung“: Hier wäre es zum Beispiel wichtig gewesen, mehr über die Forschungsmethoden, Herstellungs- und Prüfverfahren vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in der Impfforschung zu berichten. Vor einem solchen Hintergrund hätte dann auch der wissenschaftliche Stellenwert von Unsicherheiten und Risi-

ken im Forschungs- und Entwicklungsprozess thematisiert und in einem konkreten Kontext eingeordnet werden können.

**Maurer:** Wir haben eine sehr umfangreiche empirische Studie zur Qualität der Medienberichterstattung über die Pandemie durchgeführt und finden dort in der Tat, dass die Medien die Unsicherheit wissenschaftlicher Befunde, Modelle und Prognosen nur selten offengelegt haben. Gleichzeitig haben sie im Nachhinein aber oft kritisiert, dass die wissenschaftlichen Prognosen nicht eingetreten sind. Das ist natürlich eine sehr unglückliche Konstellation, weil beides zusammen den Eindruck erweckt, als würde die Wissenschaft vorgeben, alles sicher zu wissen, sich dabei aber kontinuierlich irren. Ähnliche Muster finden wir zum Beispiel auch in der Medienberichterstattung über den Klimawandel. Natürlich gehört es zu den Aufgaben der Medien, zwischen gesicherten Fakten und unsicheren Prognosen zu trennen. Aber den Medien fällt es möglicherweise schwer, die Rezipientinnen und Rezipienten im Ungewissen zu lassen oder diese Unsicherheit explizit zu kommunizieren, weil sie das Bedürfnis haben, die Rezipientinnen und Rezipienten mit eindeutigen Informationen zu versorgen.

**Schmiese:** In den Medien ist grundsätzlich und auch wiederholt gesagt worden, dass die Forschung noch auf der Suche sei, welche Maßnahmen warum sinnvoll oder sinnlos sind. Es war immer klar, dass keine Erkenntnis endgültig sei. Auch sind, besonders in der Frühphase der Pandemie, die teils gegensätzlichen Forderungen nach Maßnahmen abgebildet worden. Das ist ja auch die Aufgabe der Medien. Sie dürfen in einer akuten Krise nicht per se die Funktion haben, um Verunsicherungen vorzubeugen auf abschließende Forschungsergebnisse zu warten. Medien müssen Entwicklungen begleiten, so auch diese.

**Sehen Sie durch eine starke mediale Präsenz eine Politisierung von Wissenschaft in der Krise? Wurden Forschende mit bestimmten politischen Entscheidungen gleichgesetzt oder konnten Forschende zur Versachlichung von Debatten beitragen?**

**Janich:** Das kann ich direkt bejahen. Wir haben nämlich aktuell genau zu diesem Thema ein Forschungsprojekt zusammen mit Forschenden von der Universität Magdeburg, das in diesem und im kommenden Jahr von der Klaus Tschira Stiftung gefördert wird<sup>3</sup>. Unser Eindruck bis jetzt ist, dass die Medien genau eine solche Politisierung von Wissenschaft betrieben bzw. forciert haben, indem die Forschenden oft weniger nach wissenschaftlichen Erkenntnissen als vielmehr nach notwendigen politischen Entscheidungen gefragt wurden (es gibt dafür zahlreiche und fast wöchentliche Beispiele in den wichtigen

<sup>3</sup> „Zwischen Elfenbeinturm und rauer See – zum prekären Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik und seiner Mediatisierung am Beispiel der ‚Corona-Krise‘“, geleitet von Prof. Dr. Kersten Sven Roth (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg; Sprecher) und Prof. Dr. Nina Janich (Technische Universität Darmstadt), unter Mitarbeit von Dr. Sina Lautenschläger (OvGU Magdeburg) und Dr. Lisa Rhein (TU Darmstadt). Vgl. z.B. Interview mit Kersten Sven Roth: <https://www.klaus-tschira-stiftung.de/zwischen-elfenbeinturm-und-rauer-see/>

Polittalkshows im deutschen Fernsehen). Die Befragten haben dann entweder – und gerade in den ersten Wochen der Pandemie – versucht, darauf auch in einem politischen Sinne zu antworten, oder aber sie mussten die Fragen aktiv zurückweisen und sich entsprechenden Reaktionen stellen<sup>4</sup>. Der Grad der (möglichen) Versachlichung und Meta-Diskussion über solche Fragen hängt aber natürlich an Medium und Genre – Sachlichkeit und Informativität sind in einem Zeitungs- oder Podcastinterview oder gar einem Gastbeitrag in einer überregionalen Zeitung sicherlich leichter zu gewährleisten als in einer Polittalkshow, die ja mit ihren Konfrontations- und Provokationsstrategien nicht selten auch auf Unterhaltung ausgelegt ist.

**Schmiese:** Nicht die Wissenschaft wurde politisiert, sondern umgekehrt: Die Politik hat sich sozusagen verwissenschaftlicht. Die Regierenden haben sich auf die ihnen besonders überzeugend erscheinenden Wissenschaftler verlassen, berufen und deren Erkenntnisse zur Richtschnur des politischen Handelns gemacht. Das machte einige Wissenschaftler medial bekannt. Andere wiederum, etwa Professor Meyer-Hermann, fielen Politikern auf durch Aussagen in den Medien. Die meisten Forscher haben in der Regel immer betont, dass sie ihre Erkenntnisse mitteilen, aber nicht politische Umsetzung verlangen könnten. Das sei nicht ihre Aufgabe.

**Maurer:** Grundsätzlich ist es sinnvoll, dass Forschende in einer solchen Krise in den Medien zu Wort kommen, weil sie die Fakten und den Forschungsstand kennen und die Lage objektiv beurteilen und sachlich darstellen können. Problematisch wird es aber dann, wenn sie weniger wegen ihrer wissenschaftlichen Expertise, sondern vielmehr als Kronzeugen bestimmter Positionen, z. B. für mehr oder für weniger harte Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, interviewt werden. Medien setzen auch oft auf Forschende als Experten, weil ein Plädoyer für oder gegen bestimmte Positionen aus deren Mund glaubwürdiger wirkt, als ein inhaltsgleiches Statement einer anderen Person. Forschende erscheinen dann manchen aber als öffentliche Ratgeber, und es sieht für viele Menschen so aus, als würden sie politische Maßnahmen maßgeblich (mit-) bestimmen. Sie müssen also aufpassen, dass sie von Medien und Politik nicht instrumentalisiert werden. Aber um noch einmal auf unsere Studienergebnisse zurückzukommen: Ab der zweiten Pandemiewelle wurden zunehmend weniger wissenschaftliche Expertinnen und Experten in den Medien zitiert. Stattdessen übernahm der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach die Rolle des quasi einzigen medialen Pandemie-Erklärers. Das hat die Berichterstattung sicher nicht besser gemacht.

---

<sup>4</sup> „Vgl. Sina Lautenschläger/Lisa Rhein (angenommen): Der geordnete Rückzug. Sprachliche Grenzziehungen von Virolog\*innen in Polit-Talkshows. Erscheint in Zeitschrift für Angewandte Linguistik (ZfAL) 01/2022.

Verschiedene Forschende haben in der Krise Berühmtheit erlangt. Anthony Fauci wurde etwa in Saturday Night Live parodiert. Auch in anderen Ländern wurde über Forschende zum Teil wie über Celebrities berichtet und etwa auch über deren Privatleben. Verliert Wissenschaft dadurch an Seriosität?

**Schmiese:** Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden durch medialen Ruhm nicht unseriös. Ihr Wirken in der Tiefe kommt dadurch an die Oberfläche. Das ist kein neues Phänomen in Zeiten der Corona-Pandemie. Einstein, Curie und vermutlich auch schon Kopernikus und Galilei waren Stars ihrer Zeit – was nichts an ihrer Ernsthaftigkeit als Forschende nahm.

**Janich:** Wenn Sie mit Seriosität Vertrauenswürdigkeit meinen, die wiederum (laut psychologischer Vertrauensforschung) auf Expertise, Wohlwollen und Integrität basiert: Ja, Wissenschaft riskiert immer dann einen Vertrauensverlust, wenn sie diesen Maßstäben nicht gerecht wird – zum Beispiel, weil sie ihre Rolle als Wissenslieferant verlässt bzw. ihre Zuständigkeiten „im Namen der Wissenschaft“ in Richtung Politik überschreitet. Dass Einzelne dann oft als Person im Vordergrund stehen, ist ganz typisch für die Vermittlung und Popularisierung von wissenschaftlichem Wissen. So irrelevant die Urheberschaft von wissenschaftlichen Erkenntnissen innerhalb der Wissenschaft (theoretisch und idealiter!) eigentlich ist, so sehr wird außerhalb der Scientific Community darauf geachtet, Nähe, Anschaulichkeit und konkrete Bezugspunkte zu schaffen: Zum Beispiel indem man einzelne Forschende durch Berichte über Person und Umfeld quasi „persönlich“ kennenlernen kann. Parodien von Forschenden sind allerdings natürlich nicht von diesen selbst zu verantworten, die entstehen wahrscheinlich vor allem dann, wenn Einzelpersonen in den Medien sehr dominant sind und sich zudem durch besondere Eigenschaften oder einen besonderen Kommunikations- oder Sprachstil auch für eine Parodie eignen. Das würde ich jedenfalls nicht der Wissenschaft anlasten.

**Maurer:** Diese Frage wird in Bezug auf andere gesellschaftliche Bereiche wie die Politik schon seit Jahrzehnten diskutiert, und in der Regel hat das zwei Seiten: Einerseits erreichen Forschende dadurch Teile der Bevölkerung, die ansonsten mit Wissenschaft nicht viel anfangen können. Dabei kann man auch Menschen, die trockene wissenschaftliche Informationen in den Medien vermeiden, durch das Stilmittel der Unterhaltung informieren und zu bestimmten Verhaltensweisen motivieren. Andererseits erkaufte man sich dies möglicherweise aber damit, dass sich der Fokus von der Sache, also z. B. den Forschungsergebnissen, auf die Forschenden als Menschen verschiebt. Hier muss man als Forscher meines Erachtens aufpassen, dass man sich selbst als Person nicht zu wichtig nimmt. Von einer Homestory mit Familie und ähnlichem würde ich in jedem Fall eher abraten.

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den in der Krise verwendeten Formulierungen und den politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie? Sind bestimmte Formulierungen für Sie besonders beachtenswert?

**Schmiese:** Nein, denn: In jeder Krise gibt es teils martialische Metaphorik, Flüchtlingswelle etwa. Von dieser Krise werden die sachlichen Begriffe „Pandemie“ und „Corona“ bleiben.

**Maurer:** Jede öffentliche Debatte ist auch vom Kampf um Begriffe bestimmt. Hier geht es um eine sehr einfache Form des so genannten Framings, also dem Versuch, durch Formulierungen eine bestimmte Perspektive auf das Geschehen zu etablieren. Dafür reichen manchmal schon einzelne Begriffe. So kann man in der Zuwanderungsdebatte beispielsweise die Position eines Menschen schon fast sicher daran erkennen, ob er von „Geflüchteten“ oder „Migranten“ spricht, weil nur der erste Begriff eine Schutzbedürftigkeit der ankommenden Menschen impliziert. Ähnliches gibt es natürlich auch im Zusammenhang mit der Pandemie. Der Begriff „Impfverweigerer“ ist eindeutig negativ konnotiert und impliziert, dass es die Regel sein sollte, sich impfen zu lassen. Will man sich nicht impfen lassen, spricht man dagegen von „Impfzwang“ oder „Impfzorn“, um sich als Opfer von unzulässigem öffentlichen Druck darzustellen. Insgesamt glaube ich aber nicht, dass dieses Phänomen in der Pandemie stärker präsent war als in anderen gesellschaftlichen Krisen oder Konflikten.

**Janich:** In politischen Krisenzeiten gibt es fast immer einen Aufschwung bestimmter metaphorischer Felder, die die Krise entweder in den Kontext von Krieg und Kampf (Invasion, bekämpfen usw.) oder in den von Naturkatastrophen (Welle, Lawine, Überflutung u.a.) stellen. Das ist eigentlich nichts Besonderes. Trotzdem sollte natürlich ein Bewusstsein dafür gefördert werden, dass das alles Metaphern sind – und welche politische Funktion sie haben (z.B. ob sie eher Akzeptanz für Maßnahmen schaffen oder zum eigenen politischen Image in Wahlkampfzeiten wie jetzt im Sommer 2021 dienen sollen). Was mir im Kontext der Covid-19-Pandemie eigentlich am stärksten aufgefallen ist, ist die Frage der Benennung von Virusvarianten (am bekanntesten sicherlich Delta, neuerdings Omikron). Diese hatte man ja anfangs nach den Ländern (z.B. Südafrika, Italien) benannt, in denen sie zuerst auftauchten. Nun hat man bewusst ein neues Benennungssystem geschaffen, um der Diskriminierung und der Verführung in Richtung stereotyper Schuldzuweisungen entgegenzuwirken.

Waren bestimmte Themen für eine Medienberichterstattung zu komplex? Bei der Medienberichterstattung über Vektor-Impfstoffe etwa wurde häufig deren geringere Wirksamkeit im Vergleich zu mRNA-Impfstoffen betont. Forschende haben immer wieder darauf hingewiesen, dass sich die Wirksamkeit verschiedener Impfstoffe aufgrund unterschiedlicher Studiendesigns nicht so einfach vergleichen lasse. Hätte sich das unbeabsichtigte „Schlechtreden“ bestimmter Impfstoffe in der Medienberichterstattung vermeiden lassen können?

**Janich:** Ja, ich denke schon. Manches ist so komplex, dass es mehr Zeit und Raum für Recherche, Bericht, Lektüre und Zuhören braucht, als im Kontext der Massenmedien in der Regel zur Verfügung stehen. Und das Schlechtreden hätte sich ganz sicher vermeiden lassen, wenn zum Beispiel weniger über schwere Nebenwirkungen oder natürlich im Einzelfall dramatische Todesfälle nach Impfungen berichtet worden wäre und mehr über die Einordnung des Risikos relativ zu seinem Nutzen und zu anderen Risiken, die wir tagtäglich völlig angstfrei eingehen. Ein zugelassener und fast die ganze Zeit über verfügbarer Impfstoff wie AstraZeneca hätte dann verimpft und die Impfquote 2021 sehr viel schneller gesteigert werden können. Da sind aber auch wir alle in der Pflicht, uns möglichst breit und solide zu informieren.

**Maurer:** Vergleiche sind prinzipiell sehr nützlich, weil sie den Menschen helfen, Fakten und Zahlen einzuordnen. Die Anzahl von Todesfällen durch die Pandemie oder die Hospitalisierungsrate sagen den meisten Menschen alleine gar nichts. Sie müssen dazu einen Vergleichswert haben: Wie viele Menschen sterben an anderen Viren? Wie ist die Hospitalisierungsrate bei anderen Krankheiten? Wie hoch ist der R-Wert in anderen Ländern usw.? Solche einordnenden Vergleiche kamen in den Medien eher zu selten vor. In Bezug auf den in der Frage angesprochenen Fall ist es natürlich unglücklich, dass ausgerechnet dort ein solcher Vergleich angestellt wurde, wo er offensichtlich nicht sinnvoll ist. Hier aber von Journalistinnen und Journalisten zu erwarten, dass sie selbst die Studiendesigns unterschiedlicher Impfstoffhersteller vergleichen und erkennen, dass die von diesen kommunizierten Wirksamkeitsraten nicht vergleichbar sind, erscheint mir doch eindeutig zu viel verlangt. Hier sind Impfstoffhersteller und Wissenschaft gefragt, die dies frühzeitig (mit-)kommunizieren müssen, bevor sich falsche Vorstellungen in der Bevölkerung verankern. Wenn ich jetzt einmal nicht als Wissenschaftler, sondern als einfacher Bürger spreche, würde ich hier schon auch vergleichbare Angaben erwarten.

**Schmiese:** Es ist Wesen des Journalismus, komplexe Sachverhalte vereinfacht darzustellen ohne sie zu verfälschen. Das ist auch bei der Erklärung der Impfstoffe im Großen und Ganzen gelungen. Die Qualität der Impfstoffe haben stets Fachleute beurteilt, was die Medien lediglich weitergaben. Insofern war das vermeintliche „Schlechtreden“ in der Öffentlichkeit von AstraZeneca Folge des Zögerns der StIKo, dieses Vakzins zu empfehlen.

### Warum waren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Covid-19-Pandemie sichtbarer als in früheren Krisen wie der Finanzkrise, der Flüchtlingskrise oder der sich seit Jahrzehnten abzeichnenden Klimakrise?

**Maurer:** Ich bin mir gar nicht sicher, ob das in Bezug auf die Klimakrise stimmt. Auch dort gibt es rund ein halbes Dutzend Wissenschaftler, die seit Jahren immer wieder in den Medien präsent sind. Deren Namen sind der Öffentlichkeit aber vermutlich weniger geläufig, weil über die Klimakrise noch nie über lange Zeiträume so intensiv berichtet wurde. Das besondere an der Pandemie ist ja, dass sie seit mittlerweile anderthalb Jahren das zentrale Thema der Medienberichterstattung ist. Aufgrund der hohen Berichterstattungsfrequenz über lange Zeiträume bleiben uns dann auch die Namen der Experten eher im Gedächtnis als im Normalfall, in dem wir Medieninhalte meist relativ bald wieder vergessen. Richtig ist aber auf jeden Fall, dass bei Krisen mit hoher Unsicherheit und hohem Bedrohungspotenzial für Leib und Leben wie im Falle der Klimakrise und der Pandemie (natur-)wissenschaftliche Expertinnen und Experten eher in den Medien gefragt sind, als z. B. während der Finanz- oder Flüchtlingskrise. Hier schreibt man im Journalismus offensichtlich auch sich selbst und der Politik eine ausreichende Expertise zu.

**Schmiese:** Finanz- und Flüchtlingskrise waren vornehmlich originär politische Bereiche. Es ging um staatliche Absicherung des Bankenwesens, Bankenaufsicht und am Ende Staatsfinanzen. Bei der Migration ging es wegen Fragen nach Grenzen um Europa-, Außen- und Innenpolitik. Fachleute neben den Fachpolitikern kamen gleichwohl zu Wort – aber in geringerer Anzahl als während der Corona-Pandemie. Wissenschaftler waren während der Pandemie in den Medien präsenter, da allein die schiere Anzahl nicht-staatlicher Institutionen wie Kliniken und Forschungseinrichtungen größer, das allgemeine Interesse größer und der Erklär-Bedarf höher war.

**Janich:** Das hat aus meiner Sicht sowohl etwas mit dem dramatischen Tempo einer dramatischen Entwicklung als auch mit dem Grad unmittelbarer Betroffenheit im Sinne der körperlichen Unversehrtheit (anders ausgedrückt: einer möglichen Todesgefahr durch die Krankheit) zu tun. Im Vergleich mit der Klimakrise, zu der sich die Forschung schon seit vielen Jahrzehnten immer dringlicher äußert, ohne dass dies entsprechend seinen Weg in die Medien gefunden hätte, sind die Auswirkungen der Pandemie für alle viel unmittelbarer und kurzfristiger spürbar als z.B. die globale Erwärmung, was wiederum den politischen Handlungsdruck und damit die Notwendigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse als Grundlage für Entscheidungen erhöht.

**Ist der Eindruck richtig, dass in Medien überwiegend Forschende aus der Virologie und anderen Lebenswissenschaft zu Wort kamen und Forschende aus den Sozial- und Geisteswissenschaften eine untergeordnete Rolle spielten?**

**Maurer:** Dieser Eindruck ist absolut richtig. Unsere Studiendaten zeigen beispielweise, dass zwischen Januar 2020 und April 2021 alleine Christian Drosten etwa drei Mal so häufig in den Medien vorkam wie alle Forschenden aus den Bereichen Psychiatrie und Psychologie zusammen. Auch andere Sozialwissenschaften kamen kaum vor. Da es sich um eine von einem Virus verursachte Pandemie handelt, ist es natürlich zunächst sehr rational, Forschende aus der Virologie und Medizin zu Wort kommen zu lassen, weil diese offenkundig die größte Nähe zum Thema aufweisen. Wenn es dann allerdings später darum geht, Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zu beschließen, die für viele Menschen mit harten wirtschaftlichen, psychischen und physischen Konsequenzen verbunden sind, wäre es im Sinne der Vielfalt der Medienberichterstattung schon geboten gewesen, wissenschaftliche Expertinnen und Experten für die nicht intendierten Nebenfolgen der Maßnahmen stärker zu Wort kommen zu lassen, weil Virologinnen und Virologen zu dieser anderen Perspektive naturgemäß wenig beitragen können.

**Schmiese:** Bei einer bisher kaum erforschten Krankheit ist natürlich die Ursachenforschung im Zentrum des medialen Interesses. Die Folgen der Pandemie werden erst im Nachhinein sozial- und geisteswissenschaftlich aufgearbeitet werden – und dies sicher weit weniger unter medialer Begleitung.

**Janich:** Ja, auch meinerseits ist das zwar vor allem ein nicht systematisch überprüfter Eindruck, aber einer, der sich dadurch bestätigt, dass in kürzester Zeit und erstmals sehr viele verschiedene Virologen und Epidemiologen als Personen in sehr vielen verschiedenen Medien und Formaten sichtbar waren und bis heute sind. Die sind sicherlich auch die kompetentesten Ansprechpartner für Virusverbreitung, ebenso wie es Mediziner sind, wenn es um das Thema Behandlung geht. Mit Blick auf die pandemie-eindämmenden Maßnahmen wäre es jedoch sinnvoll und wichtig gewesen, frühzeitig beispielsweise auch Forschende aus den Sozial- und Geisteswissenschaften (z.B. zum Zusammenhang von Gesellschaft, Gemeinschaft und Kultur oder von politischem Infektionsschutz und Demokratie) oder Ökonomie (z.B. zu Fragen der volkswirtschaftlichen Kosten von Lockdowns, Teststrategien, Impfkampagnen etc. relativ zu ihren Eindämmungsnutzen) zu hören.

**Welche Folgen wird die Pandemie für die Wissenschaftskommunikation haben? Sollen Forschende proaktiv versuchen, ihre Erkenntnisse in Öffentlichkeit und Politik zu tragen?**

**Schmiese:** Wissenschaftler sollten jene Forschungsergebnisse proaktiv an die Medien geben, die von allgemeinem Nutzen sind, etwa in umweltpolitischer oder auch gesundheitspolitischer Weise.



**Maurer:** Zunächst bleibt zu hoffen, dass Forschende gerade in Krisensituationen auch zukünftig eine wichtige Rolle in der Medienberichterstattung spielen. Dabei muss man meiner Ansicht nach zwei Aspekte unterscheiden: Zum einen können viele öffentliche Debatten im Sinne einer Versachlichung davon profitieren, wenn Medien über relevante Forschung in diesen Bereichen berichten. Hier können Forschende proaktiv vorgehen, indem sie ihre Forschung über Pressemitteilungen oder soziale Netzwerke streuen. Dies wird allerdings bei weitem nicht immer Berichterstattung nach sich ziehen. Zum anderen werden Forschende in unterschiedlichen Kontexten als glaubwürdige Expertinnen und Experten zu ihren Fachgebieten von den Medien zitiert, auch wenn sie selbst keine eigenen aktuellen Forschungsergebnisse beisteuern können. Dabei sollten Forschende aber in der Lage sein, ihre wissenschaftliche Rolle von politischem Aktivismus zu trennen. Man sollte seinen Glaubwürdigkeitsvorsprung nicht dafür missbrauchen, bestimmte Sichtweisen in der Gesellschaft zu etablieren, wenn diese wissenschaftlich umstritten sind. Leider müssen Forschende, die zu gesellschaftlich kontroversen Themen öffentlich Stellung nehmen, mittlerweile aber auch damit rechnen, vor allem in sozialen Netzwerken angefeindet zu werden. Veröffentlicht man Forschungsbefunde, die nicht in das Weltbild bestimmter gesellschaftlicher Gruppen passen, wird man dafür nicht selten öffentlich beschimpft. Umgekehrt kommt es natürlich auch vor, dass Forschungsbefunde dann von denselben Gruppen für Propaganda instrumentalisiert werden, wenn sie (vermeintlich) deren Weltbild bestätigen. Beides ist natürlich unangenehm, darf aber kein Grund dafür sein, solche Befunde nicht an die Öffentlichkeit zu tragen.

**Janich:** Die Pandemie hat bereits deutliche Folgen. Nicht nur gibt es inzwischen in allen, auch den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgebieten, zahlreiche Tagungen, Vorträge, Publikationen und Projekte zur Wissenschaftskommunikation rund um Corona. Wissenschaftskommunikation ist während der Pandemie auch ein großes Thema in der Wissenschaftspolitik und bei Drittmittelgebern geworden. Spannend ist und bleibt die Frage, welche Auswirkungen die Pandemie mittel- und langfristig auf das Wissenschaftsvertrauen hat. Aber unabhängig davon und grundsätzlich kann ich nur sagen: Natürlich sollten Forschende ihre Erkenntnisse proaktiv in die Gesellschaft tragen! Der Philosophieprofessor und ehemalige Minister Julian Nida-Rümelin hat neulich in einer Konferenz nachdrücklich einen seiner akademischen Lehrer zitiert: „Wer nicht mindestens 10% seiner Arbeitszeit darauf verwendet, den Menschen zu erklären, was er da macht, hat seinen Job verfehlt.“

*Die Fragen stellte Tome Sandevski.*



## **MEDIZINISCHE FORSCHUNG IN PANDEMIEZEITEN: SPAGAT ZWISCHEN ERGEBNISDRUCK, POLITIKBERATUNG UND KOMMUNIKATION MIT DER ÖFFENTLICHKEIT?**

### **GESPRÄCH MIT FERDINAND GERLACH**

*Ferdinand Gerlach ist Professor für Allgemeinmedizin und Direktor des Instituts für Allgemeinmedizin an der Goethe-Universität Frankfurt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem die Themenbereiche Qualitätsförderung in der ambulanten Versorgung, evidenzbasierte Medizin, Digitalisierung, Praxisepidemiologie, Fehlerprävention und Risikomanagement. Seit 2007 ist er Mitglied und seit 2012 Vorsitzender des vom Bundesgesundheitsministerium berufenen Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen. Das Gremium hat die Aufgabe, im Abstand von zwei Jahren in Gutachten die Entwicklung der gesundheitlichen Versorgung zu analysieren und Möglichkeiten hinsichtlich der Weiterentwicklung des Gesundheitswesens aufzuzeigen.*

**Herr Professor Gerlach, wann haben Sie sich das erste Mal mit dem neuen SARS-CoV-2 Virus auseinandersetzen müssen?**

Also mit dem Virus im engeren Sinne weniger, aber mit den Folgen. Ich kann mich erinnern, dass wir die Übergabe eines Gutachtens der Kommission für ein modernes Vergütungssystem — das ist eine Regierungskommission — an Gesundheitsminister Spahn hatten, und direkt im Anschluss, also 20 Minuten später, hat er seine erste Pressekonferenz zu dem Thema gemacht. Daher war mir das noch mal ein bisschen präsenter als vorher. Es gab gerade die ersten Fälle in Deutschland, bis dahin war das „weit weg“. Irgendwo in Wuhan in einer Stadt, die wir jetzt alle kennen, die aber vorher keiner kannte. Das war ungefähr der Zeitpunkt zu dem klar war: Da kommt eine Pandemie auf uns zu. Wir stehen am Anfang einer potenziell fulminanten Entwicklung. Aber ich bin kein Virologe, insofern habe ich mich mit dem Virus als solches im engeren Sinne ohnehin nicht beschäftigt, aber natürlich mit den enorm weitreichenden Folgen.

**War Ihnen auch schon zu Beginn bewusst, wie schwer die Pandemie Deutschland und andere Länder treffen würde? Hätte man Ihnen im Januar 2020 gesagt, dass es in wenigen Wochen einen Mangel an Masken, Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel geben würde, hätten Sie das damals geglaubt?**

Es hat damals keiner gesagt, weil es keiner vermutet hat – ich auch nicht. Es gab zwar diesen berühmten Bericht, der – ich glaube sogar auch als Bundestagsdrucksache – erschienen ist, in dem eine Pandemie quasi vorausgedacht wurde. Ich kann mich auch erinnern, dass ich einmal mit dem damaligen Ge-

sundheitsminister Gröhe darüber gesprochen habe. Auch die europäischen Gesundheitsminister hatten eine Simulation gemacht, die zeigte, was in Europa passieren würde, wenn es zu einer Pandemie käme. Aber dass sie dann tatsächlich so fulminant kommt, wie sie verlaufen ist, habe ich persönlich nicht erwartet. Ich glaube auch nicht, dass es viele gibt, die das tatsächlich so erwartet haben.

**Während der Corona-Pandemie konnte eine globale Öffentlichkeit den Fortschritt wissenschaftlicher Forschung in Echtzeit verfolgen. Häufig wurden Forschungsergebnisse schon vor der externen Begutachtung von der wissenschaftlichen Community und den Medien aufgegriffen. Hatten Sie das Gefühl, dass Forschende unter Druck standen, Forschungsergebnisse möglichst frühzeitig nach außen zu kommunizieren?**

Ich habe diesen Druck bei anderen wahrgenommen, bei mir selbst nicht. Ich habe mich in der Krise von Anfang an, das hatten wir im Sachverständigenrat so besprochen, darauf beschränkt, mich nur zu Dingen zu äußern, die ich beurteilen kann, zu Fragen, an denen wir selbst gearbeitet haben und wo unsere Expertise liegt. Ich habe der Versuchung widerstanden, mich zu Dingen zu äußern, die außerhalb meines Fachgebiets liegen. Das ist leider bei vielen anderen nicht der Fall gewesen. Viele haben offensichtlich, das kann man ja in den ganzen Preprints und Online-first-Publikationen erkennen, diesen Druck verspürt. Zum Teil, weil man natürlich Ergebnisse frühzeitig teilen wollte, um die Bewältigung der Krise zu beschleunigen. Aber es ist schon auffällig, dass es einen ganz starken Trend in diese Richtung gab. Über die Motive kann man jetzt nur spekulieren, das ist auf jeden Fall ein Problem. Aber das Hauptproblem haben Sie vorher angesprochen: Die Öffentlichkeit und auch die Politik haben das erste Mal wirklich in Echtzeit mitbekommen, wie Wissenschaft arbeitet, wie wissenschaftliche Ergebnisse produziert werden, wie sie diskutiert werden, wie Diskurse geführt werden, wie neue Ergebnisse vorherige Annahmen oder Gewissheiten über den Haufen geworfen haben.

**Wie hat sich diese Problematik in der Pandemie gezeigt?**

Das ist ein ganz wesentliches Problem in dieser Krise gewesen, denn das Verständnis dafür, wie Wissenschaftler arbeiten, wie Erkenntnisse entstehen, ist nicht vorhanden gewesen. Man hat dann unterstellt, die Forschenden wären sich nicht einig, sie wüssten offensichtlich nicht, was sie wollten, sie würden mit verschiedener Zunge sprechen, man könnte sich ja auf nichts verlassen, weil sich auch die Wissenschaft nicht einig wäre. Das ist ganz fatal. Es ist nicht gelungen – aus welchen Gründen auch immer – zu erklären, wie Wissenschaft funktioniert und das führte ganz klar zu einer Überforderung der Medien, der Bevölkerung, aber leider auch der Politik im Verständnis und dem Umgang mit diesen Prozessen.

**Sie sind im engen Austausch mit der Politik oder auch mit Ministerien. Haben sie auf diese Problematik dann hinweisen können?**

Ja, das habe ich verschiedentlich gemacht. Wobei der Austausch nicht so eng ist. Also ich bin kein Regierungsberater auf Zuruf, der bei operativen Entscheidungen beteiligt ist. Das möchte ich auch gar nicht. Ich bin ganz froh, dass der Sachverständigenrat eine gewisse neutrale, unabhängige Distanz wahren kann und wir uns nicht in den tagespolitischen Betrieb hineinziehen lassen. Ich bin natürlich gefragt worden, aber ich habe mich immer nur zu den Themen geäußert, von denen ich auch etwas verstehe, wo ich selbst — oder der Sachverständigenrat — eine eigene Expertise habe bzw. hat. Wir haben uns mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt und dazu haben wir uns mehrfach auch im Hinblick auf die Krisenbewältigung geäußert. Die Digitalisierung in Deutschland ist im internationalen Vergleich in der Gesellschaft insgesamt und im Gesundheitswesen speziell sehr schlecht entwickelt.

**Wo zeigen sich Defizite in der Digitalisierung?**

Wir sind an nahezu allen wichtigen Stellen weit zurück. Wir profitieren in der Corona-Krise zum Beispiel von Daten aus Israel und Skandinavien. Da geht es zum Beispiel um die Fragen: Sind Impfungen wirksam? Wie lange hält der Impfschutz an? Wann kommt es wo zu Impfdurchbrüchen? Wie wirken die verschiedenen Impfstoffe? Welche Patienten werden symptomatisch, welche kommen ins Krankenhaus, welche kommen auf die Intensivstation und wie sind die Überlebenschancen? All das wissen wir nicht aus Deutschland. Wir haben überhaupt keine brauchbaren Daten, wir wissen nicht einmal, wie viele geimpft sind. Wir haben auch keine konsistente Strategie und es gibt eine Kakophonie, muss man leider sagen, zu diesem Thema. Die Ständige Impfkommission etwa, die dafür ja zuständig ist, prüft sorgfältig auf der Basis von Daten und Studien. Die Politik eilt rechts und links vorbei und desavouiert an dieser Stelle auch den Rat der Impfkommission, teilweise auch durch falsche Kommunikation. Das ist ein Beispiel dafür, wie wissenschaftliche Politikberatung im Augenblick völlig schief läuft und zur allgemeinen Verunsicherung beiträgt.

**Haben Sie den Eindruck, dass dem Thema Digitalisierung im deutschen Gesundheitssystem jetzt größere Bedeutung beigemessen wird, sodass sich in absehbarer Zeit positive Entwicklungen einstellen werden, weil die Krise gezeigt hat, dass diese Daten notwendig sind?**

Ja. Erstens hat es schon in der Krise einen Digitalisierungsschub gegeben. Wir haben zum Beispiel jetzt eine Corona Warn-App, die allerdings, darüber könnte man noch mal extra sprechen, falsch konzipiert ist und weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt. Wir haben inzwischen schrittweise ein elektronisches Übertragungssystem für Laborergebnisse (DEMIS) umgesetzt. Das hatten wir vorher nicht. Bisher wurde alles per Fax gemacht. Wir etablieren jetzt schrittweise ein digitales Kontaktmanagementsystem in den Gesundheitsämtern (SORMAS). Wir haben jetzt erstmalig auf der Initiative einer privaten

Fachgesellschaft basierend, der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, ein Intensivregister. Vorher wussten wir gar nicht, wie viele Intensivbetten es gibt, wie diese belegt sind, wie viele Patienten beatmet werden, wie viele Covid-Patienten dort liegen etc. Wir haben also einen gewissen Schub erlebt, sind aber immer noch sehr weit hinter vielen anderen europäischen Ländern hinterher.

**Wie gehen Sie damit um, wenn wissenschaftliche Empfehlungen des Sachverständigenrates nicht von der Politik aufgegriffen werden? Werden diese später erneut an die Politik herangetragen?**

Der Rat arbeitet langfristig. Alle zwei Jahre gibt es nach internationaler Analyse und nach Anhörungen sehr fundierte, umfangreiche Gutachten. Wir kommunizieren diese Ergebnisse an Bundestag und Bundesrat. Diese sind, so steht es ausdrücklich im Gesetz, unsere Hauptzielgruppen. Ich gehe dann auch in den Gesundheitsausschuss des Bundestages, diskutiere das mit den Abgeordneten und werde auch von den Fraktionen eingeladen. Wir diskutieren mit Krankenkassen, Ärztenverbänden, Krankenhäusern und vielen anderen. Die Erfahrung ist, dass wenige Dinge sofort umgesetzt werden, viele Dinge erst nach fünf bis zehn Jahren und manche gar nicht. Wir haben zum 30-jährigen Jubiläum des Rates 2015 eine rückblickende Analyse gemacht und haben geguckt, wie viele der zentralen Empfehlungen des Rates von der Politik umgesetzt wurden, und das war gut die Hälfte.

Dieses Ergebnis finde ich eigentlich sehr gut, denn wir reden hier ja über wissenschaftliche Politikberatung und nicht über Politik selbst. Ich würde gar nicht erwarten, dass die Politik alle Empfehlungen des Rates eins-zu-eins umsetzt. Wir wissen bei manchen Empfehlungen schon ganz genau, dass diese zu früh kommen, dass sie derzeit aus bestimmten Gründen — wie Mehrheiten, Kosten, politischen Präferenzen, Meinungsbildung im Parlament etc. — nicht umsetzbar sind. Allerdings gehen wir davon aus, dass viele Empfehlungen — und das haben wir in der Vergangenheit auch beobachtet — dann später doch umgesetzt werden. Aktuell sind wir sogar äußerst zufrieden: Es gab noch nie einen Koalitionsvertrag, in dem so viele Empfehlungen des Sachverständigenrats enthalten waren, wie in dem jetzt von der neuen Bundesregierung vorgelegten.

**Wie haben Sie während der Pandemie den Austausch zwischen den Medien und verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen wahrgenommen? Da gab es den Vorwurf der Dominanz der Virologie — Stichwort „Virologenrepublik“ — haben sie dies auch so wahrgenommen, dass einzelne Fachdisziplinen zu präsent waren?**

Grundsätzlich ja. Das hat sich über die Zeit ein bisschen verändert, war aber am Anfang ganz ausgeprägt. Da hat man gesagt: „Ah, ein neues Virus, wir fragen mal die Virologen“. Erst sehr viel später kamen dann auch mal Epidemiologen und Infektions-Epidemiologen dazu, die bis heute zu wenig berücksichtigt

werden ebenso wie etwa die Kommunikationswissenschaften und Psychologie. Wir haben auch deshalb ein Riesenproblem, weil wir Teile der Bevölkerung nicht erreichen: sowohl, was die Maßnahmen angeht, als auch speziell mit Blick auf die Impfung. Das hat etwas damit zu tun, dass wir und dass die Politik insbesondere die Maßnahmen ganz schlecht, teilweise wirklich kontraproduktiv, kommuniziert haben. Es wurde auch zu wenig mit Public-Health-Forschern gesprochen, beziehungsweise deren Expertise eingeholt, und es gab auch so ein bisschen den Trend, dass bestimmte Fraktionen oder Sichtweisen in der Wissenschaft besonders gefragt wurden oder dominiert haben. Ich würde jetzt nicht von einer „Virologenrepublik“ sprechen, das ist polemisch überspitzt, aber das Wort weist auf das Problem zu starker disziplinärer Verengung hin, das aus meiner Sicht tatsächlich existiert.

Wir müssen generell dringend aus den Versäumnissen und Problemen dieser Krise lernen, denn wir stehen jetzt, im Winter 2021, nach fast zwei Jahren Pandemieverlauf gerade wieder vor einer Situation, die in großen Teilen vermeidbar gewesen wäre — und die auch von der Wissenschaft vorhergesagt wurde. Wir müssen uns fragen: Woran liegt das eigentlich und welchen Anteil hat auch die Wissenschaft selbst daran? Warum haben wir es nicht geschafft, bestimmte Dinge der Politik zu vermitteln? Wie müssen zukünftig die Strukturen sein, damit das besser funktioniert?

**Finden Sie, dass die Kommunikation in der Krise mancherorts hätte besser laufen können? Gerade was Begriffe wie „Langzeitfolgen“ der Impfungen betrifft, die ja von Teilen der Bevölkerung anders verstanden werden als von der Wissenschaft?**

Ja, das ist ein schönes Beispiel, dass man Impfreaktionen und „Langzeitfolgen“ besser erklärt. Es wird jetzt diskutiert: „Ja, ich lasse mich erst mal nicht impfen, ich warte erst mal ab, mal gucken, ob da nicht noch Langzeitfolgen kommen.“ Erstens zeigen sich in der Regel die Folgen einer Impfung sehr schnell. Das zweite ist, wir haben jetzt Milliarden Menschen auf der Welt geimpft und haben eine extrem gute Datenlage – außer in Deutschland. Wir wissen, dass die Infektion mit dem Wildvirus bei einer relevanten Zahl von Patienten Long-Covid verursacht und wir wissen auch, dass die Sterblichkeit sehr hoch ist, grob über den Daumen gepeilt etwa 20-mal so hoch bei Ungeimpften als bei Geimpften. Es gibt auch noch einen anderen Punkt, an den Moment kann ich mich auch noch genau erinnern: Ganz am Anfang der Krise, hat Kanzlerin Merkel gesagt, dass es in Deutschland keine Impfpflicht geben wird, da gäbe sie ihr Wort oder so ähnlich. Daraufhin habe ich gesagt: „Das fällt uns noch auf die Füße“. Wir müssen jetzt zum Beispiel aus meiner tiefsten Überzeugung dringend eine bereichsspezifische Impfpflicht in allen körpernahen Bereichen, etwa in Pflegeheimen, durchsetzen, um vulnerable Patienten zu schützen. Das ist juristisch ganz eindeutig, das ist medizinisch ganz klar und ich finde, das ist auch eine Bürgerpflicht und ein Akt der Solidarität, damit wir nicht wieder zehntausende Tote in Pflege- und Altenheimen durch ungeimpftes Personal,

ungeimpfte Besucher etc. riskieren. Um eine jährliche Lockdown-Endlos-Spirale zu vermeiden, werden wir auch um eine allgemeine Impfpflicht nicht herumkommen. Eigentlich weiß die Politik, dass man in einer solchen Krise nicht von vorneherein etwas ausschließen darf. So etwas Wichtiges wie eine Impfung bei einer Pandemie von vorneherein auszuschließen, das war ein ganz schwerer Fehler. Es gab diesen politischen Druck, ich verstehe das, aber es war ein Fehler. Und der zweite grundsätzliche Fehler ist, dass Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung wiederholt höher gewichtet werden als insbesondere das Recht auf Gesundheit und Leben. Wir schädigen durch einen überzogenen Datenschutz – und da gibt es ganz viele Beispiele für – viele viele Menschen und deren Gesundheit und gefährden unnötig deren Leben.

**Welche Lehren müssen für kommende Krisen – insbesondere den Klimawandel und die Gefahr zahlreicher Opfer von Hitzewellen zum Beispiel – gezogen werden? Was sind die gesundheitlichen Probleme, die in Deutschland sichtbar werden?**

Es gibt mehrere: zum einen haben wir bei Hitzewellen im Sommer eine Übersterblichkeit bei älteren Menschen. Empirische Berechnungen sagen uns, dass schon über 20.000 zusätzliche Tote bei Hitzewellen in Deutschland vorgekommen sind, was in absoluten Zahlen Platz drei weltweit nach China und Indien ist, die ja wesentlich größere Länder sind. Eine solche Übersterblichkeit gab es vorher, ich glaube 2003, in Frankreich auch schon. Dort hat man darauf reagiert, sogenannte Hitzeschutzpläne entwickelt und jetzt keine so ausgeprägte Übersterblichkeit mehr.

Das zweite Thema ist, dass es eine Verschiebung der Infektionskrankheiten gibt. Es wandern Erreger und Vektoren nach Deutschland ein, die vorher nur im Mittelmeerraum oder sogar noch weiter südlich bekannt waren, darauf müssen wir uns einstellen.

*Die Fragen stellte Tome Sandevski.*



## LESSONS LEARNED? VON DER FINANZKRISE ZUR COVID-19-PANDEMIE

### GESPRÄCH MIT JAN PIETER KRAHNEN

*Jan Pieter Krahnen ist Professor für Kreditwirtschaft und Finanzierung im House of Finance der Goethe-Universität Frankfurt und wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE. Seine aktuelle Forschung befasst sich mit der Frage, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit eine wohlfahrtsorientierte Finanzmarktregulierung ihren Zweck erfüllen kann. Hierunter fallen Fragen zur Gestaltung von Kreditverbriefungen, zur Anreizsetzung bei staatlichen Rettungs- und Förderprogrammen, und zur Rolle von Finanzmärkten bei einer grünen Transformation.*

Herr Professor Krahnen, neben Ihrer Forschung zu Finanzmärkten waren Sie bereits seit den 1980er Jahren als Gutachter oder Mitglied von Gremien politikberatend tätig. Ab 2008 gehörten Sie gleich mehreren Expertengremien an, die sich mit der Finanzkrise beschäftigten, dazu gehörte die „Issing-Kommission“. Was waren Ihre Aufgaben in dieser Kommission?

Die „Issing-Kommission“ war eine kleine informelle Gruppe, um den früheren EZB-Chefökonom Ottmar Issing, der nach seiner Zeit bei der EZB Präsident des Center for Financial Studies in Frankfurt wurde, in dem ich einer der Direktoren war. Issing selbst hatte die Aufgabe, ein kleines Team zusammenzustellen, um seinerzeit das Kanzleramt - im Grunde Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück - zu beraten hinsichtlich der damals beginnenden G20-Treffen. Diese Treffen der Regierungschefs der 20 führenden Staaten begannen im November 2008, wenige Wochen nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers, einem Höhepunkt der Bankenkrise, um nach gemeinsam Lösungen für die offensichtlichen Finanzstabilitätsprobleme zu suchen. Denn die Finanzkrise hatte sich schnell zu einer transatlantischen, in Teilen sogar globalen Herausforderung entwickelt, aber es fehlte ein geeignetes Format, um im Umgang mit der Bankenkrise unbürokratisch zu einer Verhaltensabstimmung zwischen den wichtigsten Volkswirtschaften zu gelangen. Die G20-Treffen waren damals also ein Versuch, ein solches, institutionalisiertes Treffen zu erreichen. Die halbjährlichen Treffen mussten jeweils inhaltlich vorbereitet werden und einen Teil dieser Vorbereitung haben wir als kleines Team um Otmar Issing übernommen. In diesem Team haben wir erarbeitet, was aus deutscher Sicht das wichtigste Thema für die nächste Sitzung war und welche Haltung dafür in Frage kam. Dazu wurden Positionspapiere entworfen, geschrieben und dann dem Finanzminister und der Kanzlerin persönlich vorgetragen. Die Kanzlerin hat das dann in dem Maße aufgegriffen, wie sie es für sinnvoll hielt.

2012 waren Sie dann Mitglied der High-level Expert Group on Reforming the Structure of the EU Banking Sector, der sogenannten „Liikanen-Kommission“, welche von der Europäischen-Kommission eingerichtet worden war.

Ja. Die G20-Treffen liefen, aber das Thema Finanzkrise wurde immer unbedeutender dabei, sodass unser Beitrag auch nicht mehr in der Intensität gefordert war. Aber was dafür entstand, nämlich aus diesen Beiträgen heraus, war die Erkenntnis, dass es einen umfassenderen, wenn man so will europaweiten, ordnungspolitischen Aufschlag braucht und dass sich hierfür auch der Ansatzpunkt angeben lässt: die Schaffung eines bedürfnisgerechten Insolvenz- und Abwicklungsregimes für große Banken. Das existierte damals in der benötigten Form nicht, weil Banken, wie alle anderen Unternehmen, auf nationale und untereinander unterschiedliche Insolvenzregime angewiesen waren, die die Stabilitätsrisiken für das gesamte Finanzsystem wesentlich erhöhten. Für die großen pan-europäisch aufgestellten Banken, die im Krisenfall mit ihren Niederlassungen und Vernetzungen sofort Konsequenzen auch in anderen Ländern auslösten, etwa bei der Kreditvergabe, sollte es ein neues, überschaubares, vernünftiges und planbares Verfahren geben.

Bankenkrisen – und das war auch eine der zentralen Lehren aus der Finanzkrise von 2007/2008 – können innerhalb von kürzester Zeit ein enormes, negatives Potential entfalten. Da die Finanzierung großer Banken oftmals in erheblichem Umfang auf Tagesbasis passiert, besteht ein Risiko, dass die Bank zu viele Bausteine ihrer Finanzierung verliert, sodass ihre Existenz plötzlich infrage gestellt ist. Um im Bild des Bankhauses zu bleiben: Wenn aus dem Mauerwerk eines Gebäudes zu viele Steine herausgenommen werden, bricht das Haus irgendwann zusammen. Es ist dann zwar schön, eine Reparaturanleitung dafür zu haben, wie sich neue Steine wiedereinssetzen lassen, aber wenn dies nicht „over night“ geschieht, sondern erst nach längeren Abstimmungsprozessen, wird der Rest des Hauses bis zum Eintreffen der Reparaturkolonne schon zusammengebrochen sein.

**Ist das vielleicht auch ein Grund, weswegen das spätere von Ihnen mitgegründete Leibniz-Institut SAFE dann „Architecture“ im Namen hatte?**

Ein Grund, durchaus. Der Begriff „Architecture“ weist darauf hin, dass jedes Finanzsystem mehr ist als eine Menge von Einzelakteuren oder Akteursgruppen, die nebeneinander existieren und getrennt bewirtschaftet werden können – Finanzinstitute können hochgradig untereinander vernetzt sein, und sind dies in aller Regel auch. Dabei geht es nicht nur um die Vernetzung zwischen Banken untereinander, sondern auch um Märkte, Börsen, Versicherungsgesellschaften, Investmentfonds und Kapitalsammelstellen, sog. Schattenbanken. Zur Zeit der Finanzkrise gab es weniger verlässliche und belastbaren Datengrundlagen, die alle Segmente des Finanzsystems erfassen. Diese Situation hat sich seither etwas gebessert, und das Interesse an einer Beobachtung neuer

Entwicklungen im Finanzsystem ist gestiegen, auch mit Blick auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

**Mussten Sie sich den Vorwurf anhören, dass Ökonomen die Finanzkrise nicht vorausgesagt hätten?**

Ja, vielfach. Es begann zu dieser Zeit in Frankfurt eine Veranstaltungsreihe der Goethe-Universität, die als Bürgeruniversität bezeichnet wurde und die als ein direkter Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft konzipiert worden war. Zur Finanzkrise gab es damals auch eine Veranstaltung mit vielen hundert Zuhörerinnen und Zuhörern. Zum Teil wurden da auch aufgebrachte Stimmen laut, aber doch ausreichend gemäßigt, um in der Hörsaalatmosphäre einen echten Dialog zu erleben. Das fand ich damals sehr gelungen. Einer der Punkte in diesen Dialogen mit der Frankfurter Bürgerschaft war natürlich: „Wie können Sie von sich sagen, Sie seien Experte in diesem Bereich, wenn Sie das noch nicht mal vorhergesehen haben, denn im Rückblick erscheint es doch geradezu zwingend, dass es zu dieser Krise kommen musste? Auf diese Frage kann man nur mit der Lebensweisheit antworten, dass immer mehrere Faktoren zusammenwirken, damit es zu einer Krise kommt – und man alle Faktoren kennen und beobachten können muss, um halbwegs verlässlich vorhersagen zu können. Beides, alle Faktoren kennen (Theorie) und alle Faktoren laufend beobachten können (Empirie) ist selten erfüllt – daher werden wir immer wieder überrascht...

**Könnten Sie dies an einem Beispiel erläutern?**

Ich hatte mit Kollegen wenige Jahre vor der Finanzkrise zu dem Thema der Kreditverbriefung durch Banken gearbeitet. In unserem Modell, das wir damals auf der Grundlage der Praxis von Ratingagenturen nachbauten, ließ sich ein möglicher Schwachpunkt der Risikobewertung von Banken bei Kreditverbriefungen vorhersagen – ein Hinweis der, wäre er erkannt und wahrgenommen worden, einige Jahre später hätte helfen können, den Auslöser der Finanzkrise von 2007/2008 frühzeitig zu erkennen und die Ausbreitung der Krise vielleicht noch rechtzeitig zu begrenzen. Es gab damals ein bestimmtes Marktsegment in den US-amerikanischen Anleihemärkten, in dem Hauskredite gebündelt, also zu Portfolien zusammengefasst wurden. Zur Finanzierung dieser Portfolien wurden Anleihen herausgegeben, die sich weltweit verkauften. Als dann Immobilienkredite in den USA in großem Umfang und in zahlreichen Regionen gleichzeitig und unerwartet notleidend wurden, fielen die Preise dieser Verbriefungsanleihen ins Bodenlose.

Nun kommt hinzu, dass zu dieser Zeit in Europa viele Banken auf der Suche nach renditestarken, aber risikoarmen Anlagemöglichkeiten in eben diese Anleihen investiert hatten. Ihre Verluste rissen wiederum Löcher in die Bilanzen der Banken, die sich ohne neues Eigenkapital nicht stopfen ließen. Als Folge wurden zahlreiche Banken zu Sanierungsfällen. Heutzutage ist nur schwer vor-

stellbar, wie sich Banken so einseitig einem Finanzprodukt ausliefern konnten, von dessen Innenleben – wie im damaligen Fall US-amerikanischer Hypotheken - sie als Investoren oftmals kein oder nur ein geringes Wissen hatten. Es gab auch keine fundierten Informationen oder Erfahrungen mit diesen Produkten. Die Banken hatten also Neuland betreten, sowohl als Emittenten als auch als Anleger, bevor es 2007/2008 zur Krise kam. Natürlich ohne etwas von einer kommenden Krise zu ahnen, hatten wir in dem schon genannten Forschungsprojekt zu Kreditverbriefungen anhand der wenigen verfügbaren Daten einige Beobachtungen gemacht, die uns dann seltsam vorkamen, weil sie den Erwartungen widersprachen, die wir aufgrund theoretischer Überlegungen hatten – wir haben dies aber als Einzelfälle angesehen und aufgrund der beschränkten Datenlage keine weiterreichenden Folgerungen abgeleitet.

### **Haben Sie die Aufsichtsbehörden über Ihre Forschung informiert?**

Wir waren bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, bei der EZB, bei der Bundesbank, haben überall unsere Beobachtungen vorgetragen und alle haben sich sehr interessiert gezeigt. Und es hat einige Zeit gedauert, bis wir verstanden haben, dass bei den Aufsichten und Zentralbanken seinerzeit auch keine genaueren Daten vorhanden waren. Dennoch konnte man jedenfalls damals ein hohes Maß an Selbstgewissheit in den Institutionen erkennen, die sich aber doch nur, wie wir später lernten, auf Vermutungen stützte und nicht auf Daten. Als es dann zur Finanzkrise kam, lag auf der Hand, dass diese – empirisch eben nicht geprüften – Vermutungen falsch waren. Nun waren unsere Untersuchungen plötzlich interessant und sie wiesen auch einen Weg, wie sich Schwächen des Verbriefungsmarktes in Zukunft vermeiden lassen. Ein Nebeneffekt dieser Arbeiten war das wachsende Interesse an einer Auseinandersetzung mit der Finanzarchitektur insgesamt.

### **War der Vorwurf, die Finanzkrise nicht vorausgesehen zu haben, ein öffentlicher Vorwurf, der auch von den Aufsichtsbehörden oder auch von politischer Seite kam?**

Von den Aufsichtsbehörden kam ein derartiger Vorwurf nicht, das hätten sie sich dann vielleicht selbst vorhalten müssen. Es gab einfach eine neue Dimension der Interdependenz in den Finanzmärkten und des Risikoaufbaus bei Banken, gepaart mit einer historisch zuvor nicht erlebten niedrigen Eigenkapitalausstattung, die lange Zeit nicht beachtet worden sind. Die Entstehung der Derivatemärkte hat die Abhängigkeiten weiter verstärkt. Heute hat man diese Art der Vernetzung von Finanzinstitutionen, die als solche in den Bilanzen kaum erkennbar ist, durch einen geschickten Regulierungseingriff, die verpflichtende Nutzung von zentralen Gegenparteien, erheblich entschärft.

**2020 während der Pandemie wurden ja sehr schnell Hilfen für die Wirtschaft beschlossen, sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene. Wie sehen Sie hierbei den Lerneffekt? Wurden Lehren aus der Finanzkrise direkt angewandt?**

Zum einen unterscheidet sich die pandemiebedingte Krise im Kern von der Finanzkrise. Die Finanzkrise war eine Krise im Finanzsystem und des Finanzsystems. Alle Rettungsversuche konzentrierten sich 2008 von Anfang an auf den Finanzsektor selbst. In der Corona-Pandemie gab es zu keinem Zeitpunkt eine Krise des Finanzsektors. Es war immer eine Krise der Realwirtschaft, also vorrangig der Unternehmen und Dienstleister. Das wurde auch sehr schnell erkannt und man hat daraufhin – und das ist vielleicht auch eine Lehre aus der Finanzkrise – sehr schnell gehandelt und versucht dort zu löschen, wo es zu brennen anging. Das war hauptsächlich bei den Unternehmen und im Dienstleistungssektor der Fall, denen plötzlich der Umsatz wegbrach. Da wurde dann sehr beherzt und vergleichsweise gut und schnell organisiert eingegriffen vor dem Hintergrund der Ängste, was passiert, wenn so eine Krise auf den Finanzsektor übergreift und sich ausbreitet aufgrund der angesprochenen Verflechtungen. Deshalb wurde der Finanzsektor zu Beginn der Pandemie weitgehend abgeschottet. Zum anderen hat man sich aber bei der Umsetzung der Hilfsprogramme für Unternehmen unter anderem der Auswahlleistung der Banken bedient. Im Übrigen kann die Tatsache, dass sich der Finanzsektor in der Coronakrise als so stabil erwiesen hat, durchaus als ein Ergebnis der Neuregulierung nach der Finanzkrise von 2007/2008 angesehen werden.

**Ein Instrument, welches den Finanzsektor stabiler machen sollte, waren Stresstests. Während der Pandemie kam aus der Medizin das Argument auf, dass dieses Konzept auch auf andere Bereiche, also insbesondere Krankenhäuser, übertragen werden könnte. Wie gut funktionieren Stresstests?**

Stresstests sind ein relativ neues und nützliches Instrument der Aufsicht. So veranlassen sie Banken, sich intensiv mit den möglichen Folgen von Risikosituationen auseinanderzusetzen, selbst wenn Banken diese Risiken nicht sehen oder nicht sehen wollen. Zudem erfährt die Aufsicht, wie sich ein einzelner Risikofaktor auf alle Institute gleichzeitig auswirkt, also was diese Risikoart systemisch bedeutet. Allerdings sind Stresstests auch kein Allheilmittel, sondern in erster Linie Simulationen, für die eine bestimmte Konstellation von Faktoren angenommen wird. In dieser Form werden sie vielleicht nie auftreten und daher einem tatsächlichen Krisenverlauf möglicherweise gar nicht ähnlich sehen. Daher muss man sich vor einem falschen Gefühl der Sicherheit auch schützen. Ein regelmäßiger Stresstest, mit immer wieder neuen Szenarien, motiviert die Institute im Grunde „in house“ bereits ausprobieren können, wie sich der Betrieb gegenüber allen denkbaren Gefahrenfaktoren widerstandsfähig aufstellen lassen kann. Und das ist wichtig und hilfreich.

**Sie haben eben das Stichwort „denkbare Gefahrensituationen“ erwähnt. Sie sind ja auch Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums. Haben sie in diesem Gremium vor 2020 auch über Ereignisse wie mögliche Pandemien, Naturkatastrophen oder ähnliche Ereignisse diskutiert?**

Es war sicherlich kein dominantes Thema während der Arbeit im Beirat, aber wir haben in verschiedenen anderen Kreisen, darunter intensiv im SAFE Policy Center, darüber nachgedacht und auch geschrieben. Diese Pandemie ist deshalb so interessant, weil wir durchdenken müssen, was eine Pandemie eigentlich für den Finanzsektor bedeuten und wie darauf sinnvoll auch von politischer Seite reagiert werden kann. Zum Beispiel kam früh die Frage auf, ob es jetzt im großen Umfang zu einem sogenannten ‚Zombie-Lending‘ kommt, also im Grunde zu einem Zwang der Banken, Kunden weiter zu finanzieren, die eigentlich gar nicht mehr finanzierungswürdig sind. Dadurch würde eine Wirtschaftsstruktur erhalten, die vielleicht auch nach einer Krise keine realistische Chance hat, die aufgelaufenen Schulden aus der Pandemiezeit zu bedienen. So kann sich dann eine gewissermaßen sklerotische Wirtschaft entwickeln – mit längerfristigen negativen Folgen für Beschäftigung und Einkommen.

**All diese Herausforderungen, die Sie jetzt genannt haben, denken Sie die jetzt auch weiter hinsichtlich des Klimawandels, dessen Effekte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer stärker auftreten werden?**

Der Klimawandel ist eines der Themen, die sozusagen als Megatrend die wirtschaftspolitische Agenda über einen längeren Zeitraum bestimmen dürfte. Als solches wird es die Regulierungsdiskussion beeinflussen und damit auch, wie wir als Gesellschaft insgesamt auf den erwarteten Klimawandel reagieren. Damit verbunden sind umfangreiche Investitionen, etwa in neue Technologien, Hausbau, Energiegewinnung und -infrastruktur. Und es bedeutet weiterhin, dass sich nicht nur Haushalte umstellen müssen, sondern auch Firmen – wobei ‚Umstellung‘ dort oftmals ‚Restrukturierung‘ bedeutet. Der Bankensektor wiederum ist sowohl ein Träger der Restrukturierung und des Wandels, wie auch dessen Opfer. So verlangen die Aufsichtsbehörden eine Berücksichtigung von Klimarisiken, Investoren wollen nach „grünen“ Kriterien ihre Portfolien gestalten, Zentralbanken beschäftigten sich mittlerweile auch damit, wie sie Teil einer ‚grünen Transformation‘ sein können. Aber was dies im Einzelnen bedeutet und wie es eines Tages umgesetzt werden kann, ist noch weitgehend offen – daher wird aktuell noch intensiv an grundlegenden, konzeptionellen Fragen gearbeitet wie z.B. an einer glaubwürdigen und machbaren Indikatorik für Nachhaltigkeit und weitere ESG-Ziele. Wie bei allen längerfristigen und weitreichenden Festlegungen bestehen hier durchaus Risiken einer übereilten Festlegung, bevor die direkten und die nicht-intendierten Folgen ausreichend bedacht worden sind. Die aktuelle Frage nach global einheitlichen Messstandards für Klimarisiken, wie sie das in Frankfurt derzeit entstehende International Sustainability Standards Board (ISSB) im Auftrag der G-20 entwickeln soll,

ist ein solches Beispiel. Eine Standardwahl wird Einfluss nehmen auf die Bewertung von einzelnen Firmen und ganzen Branchen, und dadurch möglicherweise erhebliche Dynamik am Kapitalmarkt auslösen.

**Wenn wir an die Finanzkrise denken, gab es keinen Christian Drosten oder Anthony Fauci, einen Wissenschaftler, der das Gesicht der wissenschaftlichen Expertise war. Wie würden Sie denn den Einfluss der wissenschaftlichen Expertise in der Finanzkrise bewerten?**

An die Finanzkrise von 2007/2008 denke ich vor allem mit Blick auf die damals erlebte, unvorhergesehene Krisendynamik, eine plötzliche Bankenkrise, zuerst ein lokales Problem in den USA, die sich über damals nicht gekannte Ansteckungswege blitzartig auf Finanzinstitute in der ganzen Welt und weiter auf die Solvenz ganzer Staaten ausweitete. Die wichtigsten ökonomischen Berater jener Zeit waren allesamt makroökonomisch orientiert und geprägt – was auch erklärt, wieso es lange dauerte, bis eine schlüssige Erklärung der Krisendynamik formuliert werden konnte. Die Krise zeigte, dass es auch mikroökonomischer Detailkenntnisse bedarf – etwa über die Ausgestaltung von Devisenmärkten, die Anfälligkeit von Interbankfinanzierungen und die Anreizkonflikte bei Kreditverbriefungen –, wenn der Entstehung systemischer Risiken wie jener der Finanzkrise 2007/2008 vorbeugend entgegengetreten werden soll. Es waren denn auch mikroökonomisch orientierte Finanzforscher, wie hierzulande der Bonner Max-Planck-Direktor Martin Hellwig, die in der Folgezeit entscheidende Impulse für einen ordnungspolitischen Gesamtentwurf der Finanzmarktregulierung und -aufsicht in Europa gegeben haben.

An der Fertigstellung des so entstandenen ordnungspolitischen Gebäudes, das zusammenfassend oftmals als Bankenunion bezeichnet wird, arbeiten wir noch heute. So steht für 2022 beispielsweise eine angemessene europäische Einlagen(Rück-)versicherung ebenso in der Diskussion, und auch im Koalitionsvertrag, wie eine Stärkung der europaweiten Abwicklungsbehörde für Großbanken, dem Single Resolution Board.

*Die Fragen stellte Tome Sandevski.*





## **UNIVERSITÄRE FORSCHUNG ALS GAME CHANGER FÜR DIE PANDEMIEBEKÄMPFUNG? DIE PANDEMIE ALS GAME CHANGER FÜR UNIVERSITÄRE FORSCHUNG?**

GESPRÄCH MIT UWE SCHMIDT

*Uwe Schmidt ist Professor für Hochschulforschung am Institut für Soziologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und Leiter des dortigen Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung sowie der Geschäftsstelle des Hochschulevaluierungsverbundes Südwest. Seine Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte liegen u.a. in den Themenfeldern der empirischen Hochschulforschung, der Evaluation im Wissenschafts- und Bildungssystem sowie der Entwicklung des Wissenschaftssystems. Er ist u.a. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung für Hochschullehre, ständiger Gast im Akkreditierungsrat und Mitherausgeber der Zeitschriften Qualität in der Wissenschaft, das Hochschulwesen und des Handbuchs Qualität in Studium, Lehre und Forschung.*

**Herr Professor Schmidt, Ihr Forschungsgegenstand sind Hochschulen. Welche Fragen wirft die Covid-19-Pandemie für die Hochschulforschung auf?**

Wie für alle Bildungsbereiche, stellte auch für Hochschulen die Pandemie eine besondere Herausforderung dar. Hieraus lassen sich auch unmittelbar Fragen ableiten, die für die Hochschulforschung relevant sind. Zu nennen sind insbesondere zwei Aspekte: Zum einen zeigte sich, dass die Digitalisierung Impulse für die Forschung zu Lehr- und Lernprozessen gegeben hat. So kann eine Vielzahl an internationalen und nationalen Untersuchungen zur Umsetzung und Qualität der digitalen Lehre beobachtet werden. Von Interesse sind hierbei Lehrformen, wie bspw. Effekte synchroner und asynchroner Lehrangebote, spezifische didaktische Konzepte im Kontext digitaler Lehre, wie auch der zu leistende Aufwand und der Umgang mit der besonderen Situation im Homeoffice auf Seiten der Lehrenden und Studierenden. So interessiert u.a., wie Studierende ihre Arbeitsweise und Organisation insbesondere bei asynchroner Lehre anpassen, um der geringeren Rhythmisierung von Lehren und Lernen durch Lehrveranstaltungen vor Ort zu begegnen. Die damit verbundene zweite Frage, die uns in den vergangenen zwei Jahren beschäftigte, ist jene nach Effekten der Pandemie auf das Studierverhalten und den Studienerfolg. Gerade die fehlende Präsenz in der Universität erschwerte es Studierenden, Kontakte zu ihren Peers wie auch zu Lehrenden aufzubauen. Dies ist insofern von Bedeutung, als wir aus der Forschung zu Studienabbrüchen wissen, dass die soziale wie auch die akademische Integration hierbei eine wichtige Rolle spielen, d.h. je besser Studierende in ihre Peergroup eingebunden sind und je stärker sie sich mit ihrem Fach identifizieren, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit eines Studienabbruchs. Soziale und akademische Integration sind aber

wesentlich angewiesen auf Begegnungen, auf Diskurse zwischen Studierenden untereinander sowie zwischen Studierenden und Lehrenden, was sich in der Pandemie trotz der technischen Fortschritte digitaler Kommunikationsplattformen vor allem mit Blick auf zufällige, informelle Austauschgelegenheiten äußerst schwierig gestaltete.

**Die Sequenz des genetischen Codes des SARS-CoV-2 Virus wurde bereits Anfang Januar 2020 veröffentlicht. Im gleichen Monat begann schon die Entwicklung von Impfstoffen. Auch bei der Erforschung der Verbreitung des Virus oder der Analyse der Wirksamkeit von Masken wurden sehr schnell Fortschritte gemacht. Hat es sie überrascht, wie schnell Forschende an Universitäten weltweit während der Pandemie ihre Arbeit auf die Pandemie konzentriert haben?**

Dies als überraschend zu bezeichnen, impliziert die Annahme, dass Universitäten nur verzögert auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren. Diese Diagnose würde ich in dieser Form nicht teilen. Was die Pandemie und die damit verbundenen Forschungsaktivitäten gezeigt haben, lässt aus meiner Sicht drei Schlüsse zu:

Zunächst wurden immense Ressourcen in die Impfstoffforschung investiert, die im Bereich der Forschung trotz einer wachsenden Drittmittelfinanzierung der Hochschulen in dieser Höhe ungewöhnlich sind. Hiermit verbunden war auch ein großes Interesse von Unternehmen, sich dieser Aufgabe zu widmen und Kooperationen mit Universitäten bzw. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einzugehen.

Die zweite Beobachtung bezieht sich auf den besonderen Wert von Grundlagenforschung. Die Forderung, dass Wissenschaft Antworten auf relevante gesellschaftliche Fragen finden muss, ist ganz fraglos berechtigt. Allerdings – und dies zeigte die Forschung zur Impfstoffentwicklung eindrucksvoll – ging der Anwendung über viele Jahre eine intensive Grundlagenforschung voraus, die zunächst auch nicht immer einen unmittelbaren Anwendungsbezug erkennen ließ. Insofern war die schnelle Reaktion der Wissenschaft auf die Corona-Pandemie ganz wesentlich der Grundlagenforschung im Bereich der Immuntherapie geschuldet, wie sie nicht zuletzt in Mainz geleistet wurde.

Schließlich hat die Corona-Pandemie nachdrücklich gezeigt, wie komplex die damit verbundenen Fragen sind. Der öffentliche Diskurs um die Ambivalenz medizinischer Präferenzen und sozialer und ökonomischer Herausforderungen hat deutlich gemacht, dass Wissenschaft und Politik zuweilen auch gut daran tun, nicht nur auf das Tempo von Umsetzung und Anwendung zu setzen, sondern die der Wissenschaft immanenten Reflexionen zuzulassen – manchmal auch auf Kosten der Geschwindigkeit des Anwendungstransfers von Forschungsergebnissen.

**Forschende haben Ihre Expertise Medien und Politik zur Verfügung gestellt.**

### Wird diese wichtige gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft im Wissenschaftssystem selbst honoriert?

Forschungsergebnisse auch außerhalb der Wissenschaft zu kommunizieren, ist von jeher auch im Interesse der Wissenschaft, will sie als relevanter Akteur für die Bewältigung gesellschaftlicher Fragen gelten. Betrachtet man die Wahrnehmung öffentlicher Präsenz einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, so ist diese in der Scientific Community nicht unstrittig. Dies hat unterschiedliche Gründe: Zum einen ist eine mediale Praxis zu beobachten, die im Sinne sogenannter O-Töne weniger auf eine differenzierte Darstellung wissenschaftlicher Ergebnisse abstellt, sondern kurze Statements erwartet, die Eindeutigkeit suggerieren, wo Differenzierung und Nuancierung notwendig erscheint. Dies führt zuweilen dazu, dass es weniger um die Wissenschaftlichkeit der Aussage, denn um die Autorisierung von Aussagen durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geht. Diese wirken dann zuweilen banal und geradezu unwissenschaftlich. Zum anderen muss man konstatieren, dass nicht jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler über die Fähigkeit verfügt, Forschungsergebnisse für außerwissenschaftliche Bereiche gut zu übersetzen bzw. zu kommunizieren. Es gibt sicher einzelne Akteure – und Christian Drosten ist hierfür meiner Meinung nach ein gutes Beispiel –, die eine ausgewogene Art der Kommunikation praktizieren und denen es gelingt, eine Balance zwischen medialen Anforderungen und wissenschaftlicher Expertise zu finden. Kennzeichnend ist allerdings, dass er zum Teil auch Kommunikationsformen – wie Podcasts – genutzt hat, die ein Stück weit außerhalb einer tagaktuellen medialen Logik stehen. Betrachtet man den Einfluss medialer Präsenz auf wissenschaftliche Karrieren, so ist dieser innerhalb des Wissenschaftssystems sicher begrenzt. Gute Forschung lässt sich nicht durch öffentliche Präsenz ersetzen, sondern ist deren Voraussetzung. Insofern sind Karriereoptionen im System Wissenschaft auch genuin an wissenschaftliche Leistungen gebunden.

**In der Pandemie konnten Politik und Medien wissenschaftliche Forschung in Echtzeit erleben. Ist es für wissenschaftliche Forschung ein Vor- oder Nachteil, wenn bereits Zwischenergebnisse von Politik und Medien aufgegriffen werden und Forschung unter Beobachtung von Politik und Öffentlichkeit stattfindet?**

Die öffentliche Wahrnehmung von Wissenschaft profitiert ganz fraglos dann, wenn Wissenschaft an aktuelle Herausforderungen anknüpfen kann. Es nutzt ja kaum, wenn Wissenschaft Lösungen präsentiert, nachdem die Krise entweder vorbei oder nicht mehr zu bewältigen ist. Ein hohes öffentliches Interesse ist für Wissenschaft Segen und Fluch zugleich. Einerseits kann Wissenschaft ihre gesellschaftliche Relevanz sichtbar machen. Andererseits stellt eine mediale Begleitung von Wissenschaft und die Rezeption in der Politik in Echtzeit fraglos eine Gefahr für wissenschaftliches Agieren dar. Dies hängt wesentlich

damit zusammen, dass Wissenschaft, Politik und Medien jeweils eigenen Handlungs- und Zeitlogiken folgen, die mit Blick auf die unterschiedlichen Aufgaben alle ihre Berechtigung haben. So muss Politik bei der Adressierung gesellschaftlicher Probleme unmittelbar agieren. Medien sind an der zeitnahen Berichterstattung interessiert, die sich zudem an einem breiten Publikum orientiert, das in unterschiedlicher Tiefe in einzelne Themenbereiche eingedacht ist. Wissenschaft wiederum ist auf die beständige Reflexion ihrer Ergebnisse angewiesen, die stets mit Unsicherheiten behaftet sind. Letzteres konfiguriert mit der durch in der Politik notwendigen Eindeutigkeit von Entscheidungen. Wenn diese Systemlogiken – wie in der Pandemie geschehen – zusammenkommen, entstehen Ambivalenzen, die durch Handelnde mehr oder weniger gut ausbalanciert werden. Die Entscheidungen der Ständigen Impfkommission sowie die damit verbundenen Versuche der medialen und politischen Einflussnahme sind sicher ein prominentes Beispiel dafür, wie unterschiedliche Systemlogiken Handlungsdruck erzeugen. Andererseits war in der Pandemie auch zu beobachten, dass die dauerhafte mediale Präsenz des Themas unter Beteiligung der Wissenschaft durchaus Möglichkeiten einer guten gegenseitigen Durchdringung von Politik, Medien und Wissenschaft bietet. In diesem Sinne ist es wichtig, dass nicht nur Wissenschaft sich politischer und medialer Logik im Sinne von Wissenstransfer nähert, sondern dass auch Medien und Politik sich vielleicht stärker als bisher den Handlungsmodi der Wissenschaft gegenüber offen zeigen.

### **Wird die Corona-Pandemie dazu führen, dass wieder Debatten um den Nutzen von Grundlagenforschung im Vergleich zu angewandter Forschung ausbrechen werden?**

Grundlagenforschung und angewandte Forschung sind keine sich ausschließenden Paradigmen, sondern sie ergänzen sich. Ohne gute Grundlagenforschung, die sich Fragen widmet, deren Anwendungsrelevanz man sich zum Zeitpunkt der Erforschung noch nicht sicher sein kann, wird es auch keine angemessene angewandte Forschung geben. Umgekehrt nutzt Grundlagenforschung nicht, wenn sie nicht auch zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen bzw. Herausforderungen beitragen kann. Die Gefahr einer noch stärkeren Verlagerung der Prioritäten hin zu einem Primat der Anwendungsforschung ist allerdings durchaus gegeben, wobei ich dies nicht als unmittelbaren Effekt der Pandemie sehen würde. Vielmehr beschreibt dies eine Tendenz, die in den vergangenen Jahren verstärkt zu beobachten ist. Gleichzeitig ist zu konstatieren, dass nach wie vor die DFG mit einer klaren Orientierung an Bedarfen der Grundlagenforschung der größte Drittmittelgeber im deutschen Wissenschaftssystem ist. Insofern könnte man auch schließen, dass die Forderung, Wissenschaft in einen stärkeren Anwendungsbezug zu stellen, durchaus ihre Berechtigung hat und Wissenschaft aus einer etwaigen Selbstreferentialität herauslöst. Insofern ist die Forderung nach Anwendungsbezug vielleicht auch für das Wissenschaftssystem selbst hilfreich, sofern dies nicht zu einer Vernach-

lässigung der Förderung von Grundlagenforschung führt.

**Der Guardian argumentierte Ende 2020, dass die Pandemie die Wissenschaft für immer verändert habe, da nun Forschungsergebnisse früher geteilt und internationale Kooperationen gestärkt wurden. Teilen Sie diesen Eindruck?**

Ich halte diese Diagnose für übertrieben und unangemessen. Es ist ja nicht so, dass Wissenschaft vor Corona nicht auf aktuelle Themen reagiert hätte, zumal die Schnelligkeit der Reaktion sicher dem konkreten Bedrohungsszenario, aber auch den zur Verfügung stehenden Ressourcen für die Impfstoffentwicklung geschuldet war. Es gibt durchaus auch Beispiele, bei denen Wissenschaft dem gesellschaftspolitischen Diskurs weit voraus war. Die Klimakrise ist hierfür sicher ein äußerst aktuelles Beispiel. Auch die frühe Veröffentlichung von Forschungsergebnissen ist für das Wissenschaftssystem selbst nicht ungewöhnlich – ganz im Gegenteil gibt es Konkurrenz zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die eine frühe Publikation nahelegt, um als erste oder erster Forschungsergebnisse präsentieren zu können. Der Unterschied in der Corona-Pandemie war mithin auch weniger die frühe Preisgabe von Forschungsergebnissen als vielmehr die frühe und schnelle öffentliche Rezeption von Forschung. Man könnte dies auch pointiert formulieren: Nicht Wissenschaft hat ihren Modus grundlegend verändert, sondern die mediale Verarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse hat sich während der Corona-Pandemie verändert. Und Wissenschaft tut meines Erachtens auch gut daran, ihre Handlungsprämissen nicht grundlegend zu verändern, sondern sich Momente des Nachdenkens zu bewahren. Schließlich sehe ich auch mit Blick auf die Zunahme internationaler Kooperationen keinen Paradigmenwechsel. Internationale Kooperationen sind in der Wissenschaft nicht ungewöhnlich und nicht zwingend an Präferenzen für politische Systeme gebunden. Insofern mag es sein, dass die Bedrohung der Pandemie politische Hindernisse zur Kooperation abgebaut hat, nicht aber Wesentliches an der fachübergreifenden und internationalen Kooperationsbereitschaft in Anbetracht zunehmend komplexer Fragestellungen verändert hat.

*Die Fragen stellte Tome Sandevski.*

## **BEREITS ERSCHIENENE SCIENCE POLICY PAPER**

### **Science Policy Paper 8 (2022)**

Brühl, Tanja; Krausch, Georg; Schleiff, Enrico (ed.)

Understated or Overrated? Reflections on Science Advice for Policy in Times of Crises

urn:nbn:de:hebis:30-651857

<https://doi.org/10.21248/gups.65185>

### **Science Policy Paper 7 (2022)**

Brühl, Tanja; Krausch, Georg; Schleiff, Enrico (Hg.)

Unterschätzt oder überbewertet? Reflexionen über die politische Bedeutung wissenschaftlicher Expertise in Krisenzeiten

urn:nbn:de:hebis:30-651842

<https://doi.org/10.21248/gups.65184>

### **Science Policy Paper 6 (2019)**

Reuter, Christian; Schultz, Tanjev; Stegbauer, Christian (ed.)

Digitalisation of Communication: Societal Trends

and the Change in Organisations

urn:nbn:de:hebis:30:3-478533

### **Science Policy Paper 5 (2019)**

Reuter, Christian; Schultz, Tanjev; Stegbauer, Christian (Hg.)

Die Digitalisierung der Kommunikation: Gesellschaftliche Trends und der Wandel von Organisationen

urn:nbn:de:hebis:30:3-478522

### **Science Policy Paper 4 (2019)**

Wolff, Birgitta; Krausch, Georg; Prömel, Hans Jürgen (Hg.)

Mehr als Politikberatung und Medienpräsenz: Reflexionen

über die Bedeutung dialogorientierter Wissenschaftskommunikation für Universitäten und Praxis

urn:nbn:de:hebis:30:3-478543

### **Science Policy Paper 3 (2019)**

Wolff, Birgitta (Hg.)

Whither Artificial Intelligence? Debating the Policy Challenges of the Up-coming Transformation

urn:nbn:de:hebis:30:3-478510

**Science Policy Paper 2 (2018)**

Harms, Philipp; Landwehr, Claudia; Scharfbillig, Mario; Schunk, Daniel (Hg.)

**Ungleichheit: Interdisziplinäre Perspektiven auf Ursachen und Implikationen**

urn:nbn:de:hebis:30:3-478505

**Science Policy Paper 1 (2018)**

Benz, Arthur (Hg.)

**Populismus als Herausforderung für Wissenschaft und Praxis**

urn:nbn:de:hebis:30:3-478590

